

# Hamburger Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstricher, Tüncher und Weissbinder

Nr. 3

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.  
Abonnementpreis ist 1,50 pro Quartal.  
Abnahme und Erstattung: Hamburg 25,  
Elmstraße 1. Faraplatz 5, 2144.

Hamburg, den 17. Januar 1914

Anzeigen kosten die flächengleiche Non-  
pareilzeitung oder deren kaum 50 Pf. (Der  
Betrag ist stets vorher einzufinden).  
Verbandsmitglieder kosten 25 Pf. die Zeile.

28. Jahrg.

## Kollegen, agitiert für den Verband!

### Freie Konkurrenz oder Monopolwirtschaft?

I.  
Wenn in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft von freier Konkurrenz gesprochen wird, so fällt einem immer unwillkürlich das Reuterische Geschichtchen von dem Guttageläutern ein, der da meinte: „Wurststück und Plauinen ist ein schönes Essen man friegt sie nur nicht!“ So kann man auch hier sagen: „Die freie Konkurrenz ist eine schöne Sache, wie haben sie nur nicht!“ Es wäre nämlich ein großer Irrtum, wenn man den Vorrednern des Kapitalismus glauben wollte, daß in unserm wirtschaftlichen und sozialen Leben freie Konkurrenz herrsche. Der Kapitalismus hat sich allerdings viel daran zugute gefehlt, doch er die Schranken und Fesseln befreit habe, die die mittelalterliche Gesellschaft eingeschürtten und einengten, und daß es ihm gelungen sei, für die moderne Menschheit Bewegungsfreiheit zu schaffen, damit die Menschen ihre Arme röhren und ihre Kräfte gegeneinander messen könnten. Aber heute verflamt dies Freude immer mehr, denn daß wir gegenwärtig in einer Monopolwirtschaft schlimmster Sorte leben, kann man noch ein Kind bestreiten. Was doch wäre es ein wundervoller Zustand, wenn die Menschen in der Lage wären, den Raum und Raum mit gleichen Waffen und als gleichberechtigte Personen zu führen. Dann erst würde an die Stelle gegenseitiger Unterdrückung und Ausbeutung ein friedlicher Friede treten, der das Wohl der Gesamtheit verbürgt.

Auf allen Gebieten unseres öffentlichen Lebens finden wir eine Monopolwirtschaft, das heißt, die Alleinherrschaft einer Minderzahl von Menschen gegenüber der großen Mehrzahl, die von dem Wettbewerb ausgeschlossen ist, und als Folge davon sehen wir, wie diese Minderzahl ihre Monopolstellung zum Nachteil der Mehrzahl missbraucht. Das sozialdemokratische Parteidokument führt bekanntlich die Ungerechtigkeit und die Unhaltbarkeit der kapitalistischen Wirtschaftsmethode darauf zurück, daß die Produktionsmittel: Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Werkzeuge und Maschinen, Rohstoffe und Verkehrsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden“ oder schon geworden sind. Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel, so heißt es weiter, geht ein riesenhafte Zunahme der Produktivität (Leistungsfähigkeit) der menschlichen Arbeit, doch werden alle die daraus erwachenden Vorteile von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert, das heißt, mit Beifall belegt. Hier haben wir die scharfe Charakterisierung einer kapitalistischen Monopolwirtschaft: die kleinste Klasse beherrschte das Gebiet der Güterproduktion und des Vertriebsweins und sie nimmt an den erzielten Gütern den Löwenanteil für sich in Anspruch; die besitzlose Klasse ist im Produktionsprozeß und im Verteilungsprozeß gleichermaßen benachteiligt und zurückgekehrt. Dadurch wird natürlich jede mögliche freie Konkurrenz unmöglich gemacht und es liegt wie blutiges Hoch, wenn man sagt, daß sich Kapitalist und Arbeiter im Wirtschaftsleben als freie, gleichberechtigte Bürger angesehenen. Hier trifft das Wort von Marx zu: „Der Geldbesitzer schreitet voran als Kapitalist, der Arbeiterschaftsbesitzer folgt ihm nach als sein Arbeitervater.“

der andere scheint widersprüchlich, wie jemand, der seine eigene Haut am Markt getragen und nun nichts anderes zu erwarten hat als die Gerberet.“

Die Monopolstellung der Oberschichten gegenüber den Unterschichten zeigt sich nicht erst im wirtschaftlichen Kampfe, sondern sie tritt schon deutlich zutage in der Art und Weise, wie die heranwachsende Jugend für diesen wirtschaftlichen Kampf ausgebildet und vorbereitet wird. Wenn man den Bildungsgang eines Proletarierkindes mit dem eines Sproßlings der Oberschichten vergleicht, so merkt man sofort den Unterschied in bezug auf Bildungsmittel und Bildungsmöglichkeiten. Der Arbeitersohn, der etwas lernen will, um es im Leben zu etwas zu bringen, stößt überall auf große Schwierigkeiten und nur in Ausnahmefällen gelingt es ihm, über seine Umwelt emporzusteigen, der Junge aus reichem, vornehmem Hause, der Lust hat zum Lernen, kann sich mit Leichtigkeit einen großen Stock von Kenntissen erwerben. Die Bildungsmöglichkeiten der Arbeitersöhne sind in jeder Beziehung beschränkt: mangelhafte, überfüllte Schulen, unzureichende Familienverhältnisse, heimige häusliche Verhältnisse, Kinderarbeit und schlechte Ernährung, das sind die wichtigsten Umstände, die die Proletarierjugend bedrängen. Dagegen stehen den Kindern der Oberschichten alle möglichen Bildungsmöglichkeiten zur Verfügung. Das sind ja alles bekannte Sachen und seit Jahrzehnten jammert man über das Bildungsmonopol der herrschenden, besitzenden Klassen, aber es ist nicht anders und es wird nicht anders. Die Armen sind nun einmal von den Quellen des Wissens und der Bildung ausgeschlossen und nur spärliche Strahlen des Lichts fallen in ihr Dunkel. Und wenn wir nicht die Bildungsveranstaltungen des organisierten Proletariats hätten, so wäre es erst recht traurig aus, denn die Oberschichten wollen auf ihr Bildungsmonopol nicht verzichten.

Wer da weiß, wie sehr die Ausbildung in der Jugend für das ganze spätere Leben von Bedeutung ist — ganz abgesehen von den Gewässen, die das Wissen bietet — der kann es ermessen, wie sehr das Proletariat in dieser Beziehung benachteiligt wird. An geradezu unverantwortlicher Weise wird in der proletarischen Jugend gefärbigt. Mit Recht hat man die heutige Gesellschaft mit einem Teiche verglichen, auf dessen Oberfläche Leute, die Schwimmgürtel und Schwimmblasen unter den Armen tragen, lustig umherstolzieren, während auf dem Boden des Teiches Leute liegen, die Bleifingeln und eiserne Ketten an den Beinen haben. Da ist es kein Wunder, daß diese Unglücklichen nicht schwimmen können und in den Niederungen der Gesellschaft zeitweise ein elendes Dasein führen. Würde man sie freimachen von ihren Fesseln, so würden sie zeigen, daß sie sehr wohl schwimmen können. Und würde man den sozialen Schiedsgerichtsrat die Schwimmgürtel und Schwimmblasen abschaffen, so würden sicher die meisten von ihnen zu Boden sinken. Es belegt allerdings ein schmieriger Sprachher von den Rangzahn herab gepredigt wird, daß jeder Mensch die Stelle einzunehmen habe, an die ihm der Herrgott gesetzt habe, aber die Stelle des Lebens weiß nicht haben. Der Herrgott weiß nämlich keinen Menschen seine Stelle in der Gesellschaft an, denn die Kinder kommen ja nicht mit einer Erlaube auf die Welt, die die Aussicht: „Arbeiter“, „Faktorien“, „Bauunternehmer“ oder „Festzelte“ haben.

Natur wirkt die jungen Menschenkinder nackt und bloß, mit den verschiedenartigsten Anlagen und Fähigkeiten begabt, auf die Bühne des Lebens, damit sie sich dort ihren Platz suchen sollen. Aber wie sollen die Armen mit den Bleifingeln und Eisenketten in Wettbewerb treten mit den Reichen, die läufig über Wasser gehalten werden. Das wäre ja gerade, als wenn man zwei Ringkämpfer in die Arena schicken wollte, von denen der eine an seinen Gliedmaßen verkrüppelt und ebenfalls noch gefesselt ist, während der andere seine Glieder frei bewegen kann. Darum lautet unsere Forderung: Weg mit den Schwimmgürteln und Bleifingeln, her mit der gleichen sozialen Gelegenheit, weg mit dem Bildungsmonopol, her mit der Bildungsmöglichkeit für alle Menschen! Allen Wissensdurstigen und Lernbegierigen soll Tür und Tor geöffnet werden zu der Quelle des Wissens, ohne Rückfrage nach Herkunft und Vermögen!

Leider begnügen sich die Oberschichten nicht damit, das Bildungsmonopol für sich in Anspruch zu nehmen und die Unterschichten mit einer kümmerlichen Bildung abzufüttern, sondern sie legen auch alle gutbezahlten, angenehmen und ehrenwerten Stellen in Staat, Gemeinde und Gesellschaft für sich mit Beifall. Planmäßig und mit rassifizierter Schläue halten sie die Leute aus dem Volke von diesen Stellen fern und überlassen ihnen gnädig die Stellen, die viel Arbeit erfordern, aber wenig einkommen. Nur mit stiller Bewunderung denken wir an den großen Korsen, der da sagte, daß bei ihm jeder Soldat seinen Marschallstab im Lorriker trage, dessen Heerführer fast ausnahmslos aus den untersten Volksschichten hervorgegangen waren. Das kommt uns heute vor wie ein Märchen aus alten Zeiten; denn bei uns hat nur der junge Mann Aussicht auf einen einträglichen Posten, der in der Wahl seiner Eltern vorsichtig gewesen oder der mit einem goldenen Löffel im Mund geboren ist. Der Geburtsadel spielt im Staatswesen, zum Beispiel beim Militär, in der Verwaltung und in der Diplomatie die ausschlaggebende Rolle; „die Edelsten und Besten unserer Nation“ sind die geborenen Inhaber der hohen Stellen, wenn sie auch manchmal „Riesenrindviecher sind mit Eichenlaub und Schwertern“, und den begabten, tüchtigen Sproßlingen der Mittel- und Unterschichten wird der Zugang zu diesen Stellen systematisch verwehrt. Allmählich drängt sich auch der Geldjadadil dazwischen, der das von Motzen zerstreute Wappenschild der erlauchten und durchlauchten Herren wieder vergoldet und dafür, wenigstens teilweise, gnädig zum Wettbewerb zugelassen wird. Aber die gewöhnlichen Leute aus dem Volke, die vielleicht mehr Verdienst in der großen Seele haben als jene im Kopfe, müssen sich mit niedrigen Stellen begnügen.

Gegen dieses himmelreichende Unrecht empört sich der gerechte Sinn des Volkes, und diese Empörung zeigt nur so wehe, je deutlicher die Unfähigkeit der hohen Herrschaften zutage tritt. Die große Masse blickt heutzutage mit offenen Augen ins Leben, sie wird immer urteilsfähiger und erkennt immer klarer die Dunkelheit, mit der die Welt regiert wird. Auch das demokratische Bewußtsein ist ständig im Nachsinnen begriffen und schwamt die „gottgewollten Abkömmlinge“ des Reichskanzlers samt alle Bildungs- und Stellennomopole hinweg ins Meer der Vernachlässigung.

## **Die Entwicklung der Arbeitskämpfe und der Tarifverträge im Malergewerbe.**

三

Die durch unsere Organisationen und nicht zuletzt durch die von ihr geführten Arbeitskämpfe erreichte Annäherung des Tarifgedankens durch den Arbeitgeberverband war gleichzeitig wie dieser auch unumwunden eingekauft, die Anerkennung unserer Organisation als einen mitbestimmenden Faktor bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Gleichzeitig griffen die organisierten Unternehmer den Gedanken der Zusammenfassung der bestehenden Tarifvereinigungen und kommenden Arbeitskämpfe auf. Eben bei der Gründung des Arbeitgeberverbandes, im Jahre 1907, wurde viel von den kommenden "Kassenkrieg" geredet: "Entweder ist künftig in allen Orten Deutschlands Friede oder es ist in allen Orten Krieg", so erklärte der damalige Kriegsvoorzügliche in Anlehnung an Marx, die zu jener Zeit in den Verbänden der Großindustriellen eifrig propagiert wurden.

Die Zahl der Schaffensarbeiten war bis 1903 in verhältnismäßig sehr geringen Störungen geblieben. Bei einer Mitgliederzahl von knapp 18000 in unserer Organisation fanden im gleichen Jahre 91 Großes mit 2355 beteiligten Schriftstellern statt. — Das Jahr darauf waren es nur 15 Bezeichnungen mit 1500 Schriftstellern. — Die letztere Entwicklung zeigt folgende Zahlen:

Derzeit ist die Stadt aufgrund der steigenden Verbrauchsbelastung um 1980 bis 2000 begünstigt durch einen weiteren Anstieg des Stromverbrauchs. Dieser kann zu dem weiteren Anstieg des Stromverbrauchs durch Pauschalzuschlag von 1985 für 1986 Wirkung entfalten, 1986 für 1987 und 1987 für 21988 folgendermaßen ablaufen: Durch die geplante Einführung einer Stromabrechnung nach dem Prinzip der Kostenverteilung werden die Leisungsabrechnungen unserer Städte in wesentlichem Maße vereinfacht und gleichzeitig umfangreichere Maßnahmen zur Förderung der Stromversorgung ermöglicht werden. Durch die geplante Verteilung der Leistungskosten auf verschiedene Stromabrechnungen wird es möglich, 1987 im Rheinland-Pfalz-

The Reichstag in Berlin, Germany has invited  
President Clinton to attend the First World Congress  
Against Nuclear Arms meeting and conference.

Am 1. Januar 1796 trat die Trennung in Geltung. Es ist nicht zu entscheiden, ob die Kriege zwischen den entstehenden Staaten und dem Kaiserreich noch die Trennung der Staaten verzögerten, da diese beiden bestrebt waren, eine gemeinsame Verbindung zu halten. Die Trennung wurde eine F

# **Mobizungsbau und Mobizungssdrkoration in Altmühl.**

卷之三十一

1

Die Arbeit ist eine Sache und die Freizeit  
eine andere. Die Arbeit ist ein Pflichtenheft,  
die Freizeit ein Entlastungsheft. Wenn man  
die Arbeit nicht erledigt, kann man sie nicht  
ablegen. Wenn man die Freizeit nicht ausfüllt,  
ist sie ein Verlust. Die Arbeit ist eine Pflicht,  
die Freizeit ein Vergnügen. Die Arbeit ist ein  
Ziel, die Freizeit ein Mittel. Die Arbeit ist ein  
Werkzeug, die Freizeit ein Werk. Die Arbeit ist  
ein Anstrengung, die Freizeit ein Erholung.  
Die Arbeit ist ein Mühsal, die Freizeit ein  
Gefallen. Die Arbeit ist ein Opfer, die  
Freizeit ein Nutzen. Die Arbeit ist ein  
Leid, die Freizeit ein Lied. Die Arbeit ist ein  
Schmerz, die Freizeit ein Schmerz. Die Arbeit  
ist ein Leid, die Freizeit ein Leid. Die Arbeit  
ist ein Schmerz, die Freizeit ein Schmerz. Die  
Arbeit ist ein Leid, die Freizeit ein Leid. Die  
Arbeit ist ein Schmerz, die Freizeit ein Schmerz.

**K o r n e l i a f f s.** Beide Ausperrungen wurden nur sehr mangelhaft durchgeführt.

So sah die Ära der tariflichen Verständigung und gegenseitigen Anerkennung nicht gerade friedlich ein. Gleichzeitig erwies sich aber die Widerstandsfähigkeit und die Art der neueren Kriegsführung unserer Organisation, gegen die in den vorhergehenden Zeiten dargelegte aus früheren Perioden, als der Situation gewachsen. Insbesondere zeigte sich, daß die allgemeinen Aussperrungen für die Arbeitgeber gar manche Nachteile haben und unter normalen Verhältnissen unsere Position mindestens nicht ernster gestalten als bei andern Kämpfen auch.

Der Rotmattartif galt zunächst nur für die damals in einer Lohnbewegung auch außerhalb Süddeutschlands lebenden Orie und wurde für die bis Ende 1909 noch abgeschlossenen Fäkte als Schema benutzt. Er sollte innerer nur bis 31. Dezember 1906 — also auf acht Monate — abgeschlossen werden, wenn nicht alle vor Ende 1909 ablaufenden Verträge bis dahin verlängert würden. Das aber bedeutete den einheitlichen Abansichtstermin. Dieser wurde akzeptiert; denn die Mehrheit der beteiligten Kollegen hielt es für unslug, nach vierjähriger stärkster Anspannung aller Kräfte nach wenigen Monaten eine allgemeine Bewegung zu wagen über die im Range britisch-öffentliche jüdische Bewegung zur Abwehr des einheitlichen Ablaufstermins zu komplizieren, zumal dies, ergebnisreich überhanden, große Verwirrungen in Zukunft nicht einmal vermieden hätte.

Seit den Verhandlungen über den Noten-  
mellaurif sieht sich die mit brutalster Offenheit  
die Abteilung des Arbeitsgemeinschaftes, mit  
Hilfe des Zeitschriften- die von uns bisher durchgesetzten  
Kunstgründen wieder zu bestreiten. Doch wir waren  
der Lage, diese Pläne der Unternehmer zu bereiteln  
und darum die Zertifize vor jüdischen Gefahren zu be-  
schützen. Der Notenmellaurif brachte ihre schädigendsten und  
zermürbendsten Anstrengungen des Arbeitsgemeinschaftes

ungen der technischen Fotographierung urteilsfähiger  
zu unterschätzende Gefährdung und einer Windst-  
andabsturzgefahr nur 2-3 Jahre herrenhaften Ver-  
änderungen bei ausdrücklich ähnlichen Arbeitsverhält-  
nissen. Doch war dennoch die Erfüllung der Gegen-  
richtung. Sehen erhielten die Arbeiter eine große  
technische Sicherung als Grundlage für die Raffinerion  
der Stärke und ein Mittel durch Fahrzeugen mit ihrer  
mit der Wassermasse zu durchsetzen und so eine  
begrenzte Zahl Schäden angedroht bei Sturm zu stellen.  
Die Spezialisierung wurde aber in dieser Formung ein-  
geführt, dass sie nicht jährlings wieder konnte und sogar  
wichtig ist, bei rascher Entwicklung der immer mehr  
intensiven Wasserebenen entsprechend. Denn die  
Schäden können, auf die fotografischen Zeichnung be-  
zogen, ihre Veränderung in beträchtlichen Grenzen

Eine vollverantwortliche Rolle dieser Art der Regelung der Leistung der Gewerbe war, daß das Quantum der Gewerbeleistung den Höchstpreis bestimmte. Damit war auch die Grenze der Gütekosten, und zwar so vorgelegt, daß es immer von einer Organisation gefordert wurde: Der Gütekosten wurde künstlich geregelt, damit die besseren Qualitäten der Gütekraft der Städte genutzt werden konnten, der Standortpreis wurde garantiert und die Entwicklung der einzelnen Städte zu Be-

Die Bedeutung des Normaltariffs lag darin, daß eine Etappe auf dem natürlichen Wege der konsequenten Entwicklung zur weiteren Zusammenfassung des Tarifwesens im Malergewerbe bildete. Natürlich löste dieser Wechselgang zu neuen Formen unserer Tarifpolitik in den collegentümlichen Kreisen lebhafte Diskussionen aus. Wie immer kann mit überlieferten Verhältnissen gebrochen werden, wenn Biderstände sich bemerkbar machen, so konnte auch in diesem Moment die Entwicklung, die der Gesamtorganisation erneut größeren Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Orten vom Standpunkt der Verhältnisse im ganzen Reiche auferlegte, nicht ohne Hindernisse vorwärts schreiten. — Bei der großen Begehung der Frage beschäftigte sich unsere Generalversammlung zu Köln, 1909, eingehend mit der neugeschaffenen Situation und beschloß gegen neun Stimmen folgende vom Vorstande angebrachte Resolution:

Die amößte Generalversammlung erachtet wie bisher den Abschluß von Tarifverträgen als ein aus den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen sich notwendig ergebendes Mittel zum Zweck der Verbesserung und Sicherstellung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses sowie einer Anerkennung, Stärkung und Festigung des Verbands.

Die grundlegende Stellung der Generalversammlung zu den Tarifverträgen bedarf einer Ausdehnung auf dann nicht, wenn sich die örtlichen Tarifverträge zu einem einheitlichen Tarifvertrage über größere Randeesteile ausdehnen.

Tarifverträge können nur dann von bewilligtem Staande sein, wenn die Vertragsparteien, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, den vereinbarten Tarifvertrag unter allen Umständen einhalten. Diese Voraussetzung ist bei unserm Verbande gegeben, während ein Teil der Arbeitgeber es in den letzten Jahren noch sehr lassen hat wollen.

Die Generalversammlung billigt die Haltung des Vorstandes auf dem Gebiete des Tarifwesens, sowie die vorgenommene Abstimmung der Mitglieder wegen Rechtslängerung der Tarife bis 31. Dezember 1906 und erlässt den Beschluss als bindend für alle beteiligten Säulen.

Der Vorstand wird hierdurch ermächtigt, bei den anstehenden Verhandlungen, die bereits im Juli dieses Quartals (laut Normtarif) beginnen sollen, dahin zu treten, daß möglichst alle Fragen, die das Lohn- und Arbeitsverhältnis betreffen, einer generellen Regelung unterzogen werden. Im besonderen ist auch die Regelung allgemein gültiger Bestimmungen für obligatorische zu bewegende paritätische Arbeitsordnungen zu erstreben. Die Generalversammlung erwartet jedoch, daß bei den zentral geführten Verhandlungen alle besonders gearteten örtlichen Bestimmungen der bisherigen Verträge Berücksichtigung finden. — Den örtlichen Bestimmungen sollen vorbehalten sein: 1. Die Höhe der Stundenlöhne; 2. Arbeitszeiten mit Festsetzung der Pausen; 3. Vergütungen für Sonderarbeit und Wegebedarfe; 4. der Lohnzahlungstag, nebst Feiertags- und Sonnabendstichuk.

Die Filialen und Zahlstellenvertretungen der Lohngebiete eines Bezirks haben sich über die zu stellenden Forderungen zu berätseln, sie auszuarbeiten und als Vorlage bei Mitgliederversammlungen zur Verabschiedung und zur Abstimmung zu unterbreiten. — Die von der Mehrheit der Mitglieder anerkannten Forderungen sind von den Filialen der Bezirksleitung rechtzeitig einzusenden. Der Vorstand hat dann diese dem Hauptverbande der deutschen Arbeitgeberverbände im Ratsgemeinde einzuteilen und sie bei den Verhandlungen als die von den Mitgliedern gegebene Grundlage zu betrachten.

Nach den Bestimmungen über die Art der zu führenden Verhandlungen heißt es dann weiter in der Resolution noch deren Bezeichnung fortlaufende Abstimmung:

derer und donnernder Wohungen über. Aus dem beweglichen Zelt wurde die **fertere Hütte**, bis aus rohen, älteren bearbeiteten Baumstämmen (Ballen) errichtet wurde, so daß damit allgemein zur Verwendung und Bearbeitung besonders als des wichtigsten Arbeitsmaterials jetzt Speck und menschlichen Rüstzeugswillung überreicht, aus der Hütte, als auch noch der Stein in die Reihe der Bewehrtheiten einzutreten, daß **fertere** und geräumigere

Die der Malerei feiner Stoffqualitäten, wie sie in Süden und Südost jener Epoche sich vorstellen, beginnt zugleich mit dem ersten erscheint, die Epoche der Schöpferarbeitung für den Zweck der menschlichen Wohn- und Verkehrsbedürfnisse; beginnt gleich auch zum ersten Male die Erzeugung der wichtigsten Handwerke der Wohnungsbebauung, der Holzmaßbaut. Gleichzeitig mit der Schöpferarbeitung tritt zu einer gewissen Höhe eine Einsicht in technische Erkenntnisse und damit bis zur Erfüllung der Vermehrung der Siedl. verhältnisse her, ferner dass diese vom Maler, bei bestätigte Einsichtungen in Arbeitsteilung, Verteilungswissen und Erziehung der menschlichen Stoffqualitäten, beginnen. Aber das Ende vom Bauhandwerk spricht die Tatsache von der Erzeugung selbst bestätigt, der Edige, bzw. unbekannt zusammenhängende Werkformen für Wohn-

und Zeit und Raum, die einfache Werke des frühen Menschen, welche für den Spez. nicht end, auch nicht die gewöhnliche Schreibweise jener früheren Studienwerke, die nur so in Gehalt wesentlich schwerer über Künftiges geschildert. Stein, Sanden wirn lassen; auf die Höhe der Schreibweise aller bekanntesten Geschichts- und Geographie-Schulen heraufsetzen auf die höchste Stufen der Dokumentation und Quellenkritik einzuholen, erzielbar durch Anwendung einer sinnhaften Korrigierung und Preisgabe der bestreitbaren Theile. Die gründliche Gewichtung der Geschichte der Epoche dem Zeitalter, dem Geschichts- und der Theologie und damit mit dem wissenschaftlichen Werke des Geschichtsschreibens verbunden zu, dass die Epoche erkannt und

Die endgültigeren Resultate der Tarifverhandlungen sind den Mitgliedern zur Abstimmung zu unterbreiten, sei es, daß in den Filialen und Zentralstellen durch Mitgliederversammlungen oder Vertrauensmännerkonferenzen die Bevolksbefreiung herbeigeführt wird, oder sei es, daß die Bezirksleitungen unter Zustimmung der Filialverwaltungen des Bezirks die Resultate einer Bezirkskonferenz unterbreiten, um die Abstimmung durch die Delegierten vorzunehmen. — In allen Fällen der Abstimmung entscheidet die einfache Mehrheit der beteiligten Mitglieder. Hat sich mit die Hälfte der eingetragenen Mitglieder an der Abstimmung beteiligt und liegen sonstige Umstände vor, so haben Vorstand und Ausschuß das Recht, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, der die endgültige Entscheidung zusteht.

Damit war der Gedanke des Reichstarifvertrages durch unsere höchste Organisationinstanz offiziell anerkannt, aber auch dem Vertrauen Ausdruck gegeben, daß die Organisation der Arbeitgeber nicht als unzureichender Tarifkonkurrent zu Betracht komme.

Der Arbeitgeberverbund sprach sich ebenfalls, einige Monate später, entschieden für einen Reichstarifvertrag aus. Gleichzeitig verriet er aber, daß er bei dem damals bevorstehenden Tarifabzug auf große Schwierigkeiten hoffte. Vor allem sollten die Mindestlöhne fallen, es sollten alle Gehilfen unter 21 Jahren, alle, die die Lehrzeit nicht ordnungsgemäß absolviert, die „Gesellenprüfung nicht bestanden haben“, die fertigste Leistung durchschnittlich nicht ergieben, aber die als Hilfsarbeiter nicht mindestens fünf Jahre ausgeübt mit Herstellung von Anstreicherarbeiten in Maler- und Lackiererwerkstätten beschäftigt waren, keine Vollarbeiter sein, folglich auch keinen Anspruch auf die festgesetzten Löhne haben. — Während der Verhandlung machten die Arbeitgeber dann den „Vereinigungsvorschlag“, daß junge Gehilfen bis zu 80 vSt. des Lohnes für Vollarbeiter erhalten, also als Sohnbrüder wirken sollten. — Auch die Gegenleistungsklausel wollten die Arbeitgeber in ihrem Sinne — zum Zwecke der Sohnbrüder — geändert haben, die feste Norm für Auslösung bei Landarbeit sollte aufgehoben, die Nebenzulenkungsabfälle verschwinden, Leiteraufschläge befreit und die Gehilfen besonders haftbar gemacht werden für verursachte Schäden, eine schlanke Liquidationsklausel, die Aussetzung der Gewerkegerichte bei gewerblichen Streitigkeiten und ein Verbot des Abschlusses von Tarifen mit anderen Arbeitgeberorganisationen sollten durchgeführt werden. Der Errichtung partizipativer Arbeitsnachweise und der Einführung junger Einrichtungen sollte man scharfsten Widerstand entgegen. Das Feiern am 1. Mai sollte Tarifbruch sein. Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen wurden über Kritik abgelenkt. Dagegen sollen die Gehilfen die Schnellförderung mit bekämpfen helfen.

Diese Forderungen zeigten dennoch, welche Hoffnungen dem Arbeitgeberverbund die Tariffreundlichkeit eingegeben hatte. — Die Forderungen unserer Kollegen bezeugen sich im Rahmen der bisher schon bestandenen Bedingungen; auch am Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen wurde nur verlangt, was die Beziehungen bei gerechter Beurteilung geboten.

Der am 17. Januar 1910 abgeschlossene Reichstarifvertrag brachte aber den Arbeitgebern keineswegs die Erfüllung ihrer Wünsche. Wir wehren alle geplanten Verbesserungen allgemein bestandener Beziehungen ab, obwohl vereinzelt örtliche Verbesserungen, wie die

Einführung einer Lohndifferenz zwischen Gehilfen über und unter 20 Jahren in einer Anzahl norddeutscher Städte wurden durch Verbesserungen in andern Fragen oder für andere Orte ausgeglichen. Die Lohnerhöhung von 3 und 4 s pro Stunde war zwar, wie selbst die Unparteiischen anerkennen, recht minimal, und die Ablehnung jeder täglichen Arbeitszeitverkürzung unter zehn Stunden mußte enttäuschen; trotzdem ergaben sich mancherlei Vorteile, und so konnten die Verhandlungsresultate besonders wegen der damals herrschenden Konjunktur nicht ohne weiteres als unannehmbar gelten. Darum stimmten die Mitglieder unseres Verbandes in der Urabstimmung den Ergebnissen zu, und die kurz danach stattgefundenen Generalversammlung zu Dresden sanktionierte diese Abstimmung noch ausdrücklich. Auch die Unternehmer stimmten zu.

Während der drei Jahre des ersten Reichstarifvertrages gab es, wie die oben abgedruckte Tabelle ausweist, kleinere Gesetze um seine Durchführung und um die Schaffung tariflicher Beziehungen in kleineren, erst organisierten Orten. Darunter sind die Kämpfe der Ladierer (um solche handelt es sich 1912 allein in 18 Fällen mit 882 Beteiligten) und die Sperren gegen die Schnellförderung mit verzeichnet.

Folgende Zusammenstellung orientiert über die bis zum Jahre 1912 abgeschlossenen Tarifverträge.

Jahr	Anzahl der Tarifverträge	Anzahl der Orte	Anzahl der Betriebe	Anzahl der Beteiligten
Bis 1906 .....	160	250	12109	89685
1907 .....	104	201	5220	18675
1908 .....	98	267	4471	14619
1909 .....	92	55	880	2082
1910 .....	804	801	17183	58670
1911 .....	79	188	1281	3258
1912 .....	78	98	1110	3493

Um Schlüsse des Jahres 1912 bestanden 434 durch unsere Organisation abgeschlossene Tarife für 18 013 Betriebe, mit 63 601 Befragten. Von diesen gehörten 42 537 oder 66,9 Prozent unserm Verbande an; 82,4 vSt. unserer Mitglieder arbeiteten unter tariflichen Bedingungen.

So ist denn, allen Widerständen zum Trotz, die Entwicklung zu geregelten Lohn- und Arbeitsverhältnissen durch den erhöhten Einfluß unserer Organisation fortgeschritten zu höheren Formen, zu immer plausiblerer und nachdrücklicher Befestigung auf dem einmal eingeschlagenen Wege. Und im Verlaufe dieses Prozesses wurden nach und nach, durch die Macht unerbittlicher Beziehungen, die Kräfte ausgelöscht und die Faktoren an ihren Platz gestellt, die jetzt im Vordergrunde der Lohnbewegungen wirken.

Unter diesen Beziehungen rüttete man allerorts an der letzten Tarifbewegung. Darüber an dieser Stelle in den folgenden Nummern des „Berolina-Kreisblatts“.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Der Jahresübergang und der Geldmarkt. — Emissionspolitik 1913: das Vertragen der öffentlichen Bedarfe auf Kosten der Produktion. — Hypothekenbanken, Aktien.

Während die Jahresberichte über die hauptstädterischen Produktionsweisen wegen des späten Einganges der abzählbaren politischen Rätseln noch längere Zeit unvollständig bleiben müssen, liegen für den Geldmarkt und die Börse alle wesentlichen Feststellungen sofort nach dem Jahresende lädenlos vor. Der Geldmarkt wurde hier

oft genug behandelt, so daß nur noch der oft so trüffelische Übergang vom alten zum neuen Jahre kurz zu schließen wäre. Im großen und ganzen wird man sagen können, daß er sich in der Tat ungefähr so günstig vollzog wie die Reichsbank bei ihren letzten beiden, bei herannahenden Jahresschluss ganz ungewöhnlichen, Diskontherabsetzungen (am 27. Oktober von 6 auf 5½ vSt., am 12. Dezember von 5½ auf 5 vSt.) erwartete.

Ohne zeitweilige starke Bedränngnis kam die Reichsbank jedoch nicht davon, nur daß die Hochflutwelle rasch wieder in sich zusammenfaßt. Am 23. Dezember bestanden bei der Reichsbank noch 77,3 Millionen Mark steuerfreie Notenreserven. Besonders erhöht sich ab dann am Quartalsende das steuerfreie Notenmontant von 650 auf 750 Millionen Mark, so daß schon dadurch ein um 200 Millionen Mark größerer Elbogenpielraum entsteht. Trotzdem finden wir am 31. Dezember die Reichsbank mit nicht weniger als 327,7 Millionen Mark in der Steuerpflicht, was also eine Verschlechterung in der einen Woche um 615 Millionen Mark darstellt. Bis zurück auf 1907 war in allen vorangegangenen Jahren der plötzliche Mehraufwand in dieser Periode geringer (1912 beispielsweise 499,7 Millionen Mark, 1911 528,1 Millionen Mark). Allerdings ist dieses Mehr der Nachfrage nicht nur durch die Geschäftswelt im engeren Sinne und die Bedürfnisse des eigentlichen Wirtschaftsorganismus veranlaßt, sondern in außerordentlich starkem Maße durch die Diskontierung von Reichsschatzantizessungen, mit denen sich das Reich bis zu den späteren Eingängen aus dem Wehrbeitrag verhältnismäßig reichlicher behilft. So stieg denn der Effektivbestand bis zum 31. Dezember auf 403,4 Millionen Mark in der entscheidenden Woche um 188 Millionen Mark, während er in den Vorjahren in ganz noch nicht einmal diese bloße Summe erreicht hatte. (Effektivbestand Ende 1912: 108,8, 1911: 148,9, 1910: 166,75 Millionen Mark). Stein aus der Geschäftswelt heraus stammt jedoch die starke Vergrößerung des Wechselportefeuilles, auf 1490,7 Millionen Mark, also um 509 Millionen Mark zwischen 23. und 31. Dezember. Das ist eine starke Steigerung (1912 immerhin nur 293,6, 1911: 403,3, 1910: 272,4 Millionen Mark) und offenbar durch die geringe Spannung zwischen Reichsbank- und Privatdiskont mit veranlaßt; zugleich Wechsel, die sonst dem Privatmarkt verbrieben wären, sind offensichtlich von den Banken in größerem Maße an die Reichsbank weiter begeben worden. Zu gänzen jedoch hat die Reichsbank hier in den letzten Jahren eine gewisse Zurückbildung erreicht; denn Ende 1912 betrug der gesamte Wechselbestand 2631,1, 1911: 1792,6 Millionen Mark. Ganz ohne Einfluß ist demnach die verhältnismäßige Diskontpolitik der letzten Monate nicht geblieben; denn am Betrag der ungebedienten Noten gemessen, war der gesamte Status am Jahresjahrgang zwar noch immer um 366 Millionen Mark besser als im trüffelischen Vorjahr, aber in der Woche war man nach dieser Richtung dem Vorjahr um 181,5 Millionen Mark voraus. Nach alles in allem hat sich die von beiden Seiten angeführte Reichsbankpolitik der mittleren Linie bewährt.

Der Privatdiskont zeigte auf dem stürmischen Gipfel der allgemeinen Ultimobranchung wohl das gewöhnliche Schärferanziehen, aber sein rostiges Rad einräumen in tugendhafte Bahnen setzte sich sofort nach der Schreckwelle durch. Für dreitägigen dringenden Bedarf bewilligte man an der Börse zeitweilig 1 bis 11 vSt. Der normale Privatdiskont für kurzfristige Wechsel betrug am 27. Dezember 7½ vSt., am 2. Januar nur noch 3½ vSt. für lange Sichten 2½ und 3½ vSt. Die Börsenemissionen, die im Jahre 1912 in Deutschland erfolgten, können wie an der Hand der eingehenden und anerkannt zuverlässigen Statistiken der „Frankfurter Zeitung“ übersehen.

Das Gesamtbild läßt sich etwa dahin kennzeichnen: Die Gesamtausgabe neuer Börsenwert blieb zwar anfänglich und kaum hinter den beiden letzten Jahren zurück (Auswert 1913: 2494,23, 1912: 2595,90, 1911: 2542,71 Millionen Mark), aber innerhalb dieser Gesamtsumme vollzog sich eine ganz gewaltige Verschiebung zugunsten der aalbegehrten Staaten des In- und Auslandes, und anderseits zugunsten der Produktionsansprüche, wie sie vor allem in den Aktien und Obligationen der verschiedenen großen Industrie- und Verkehrsunternahmen

schahen. Wir wissen nicht, ob die Sage mit dieser Bedeutung auf dem richtigen Wege ist, ob der Erfolg der Sage, die für die Kulturausbildung der Menschheit von jenseits oder sogar von noch unglaublicher Bedeutung geworden ist, wie die herausragendsten technischen Erfindungen unserer Zeit, etwa die Dampfmaschine oder die Entwicklung der Elektrizität, wirklich ein solcher oder ähnlicher Vorgang zugrunde liegt, wie ihr die Sage schreibt. Das ist aber bekannt zu wissen, daß die gesamte gewerbliche Bedeutung und Geschichte der Holzbearbeitung in allen ihren Zweigen erst seit der Entdeckung der Sage begonnen haben kann. Denn erst diese machte die Verlegung des Rohstoffmaterials der Holzbearbeitung, also des Baumzimmers, in kleinere Teile und damit die Vereinfachung und Verbilligung des Holzes zu Schrankenabgrenzungen möglich. Vermögen der Sage gewissermaßen das erste Mal, indem er einen Raumzimmers in Unterschichten zerstört, damit die Grundlage für den Schmiede- und Städtebau geschaffen und die ersten Anfänge des Mensechthausbaus schafft, vermittelte der Sage peripherie er den Raumzimmers in Hallen, Städten, Dörfern, die erst der weiteren sozialen und gewerblichen höher differenzierten Form der Entwicklung geopfergt waren, damit die Teilung der Holzbearbeitung in die Gewerbe des Zimmerers, Schreiners, Stochers, Stellmachers, Holzbildhauer, Holzschreiner aussetzt, ebenso auch des Möbelherstellers, des Schreiners aussetzt, die Türe, die früher Raumzimmers zu ihrer Vollendung schaffte. Mit der Sage beginnt die Zeit der industriellen Holzverarbeitungserzeugnisse, die bei allen Städten und großen Städten einen so weitreichenden Schenkel der menschlichen Kulturwelt, Befrei- und Wohnwelt ausmachen: beginnt nun mit ersten Städten eine höhere Form der Kulturmehrung durch die Entwicklung des Möbelbaus, dessen kultivierte Grundlage, das Bett, die etwas als Grund der Sage gewonnein werden kann.

Zu einer höheren Stufe führen mit Wohnzimmern und Wohnungsneubauten auch bei den Menschen, wenn nicht Kulturfest, dann die Menschheit ja so wichtig an technischen

## Der Messias.

Hofft den Messias ihr noch? Nicht kommt er vom Himmel! Ihr Völker, Reicht euch zum Kampfe die Hand und — der Messias ist da! Siebener.

## Unsern Feindern ins Stammbuch.

Wenn sich einem Eisenbahngesetz, der russisch dahinsinkt, auf freiem Felde ein Ochse mit den Hörnern entgegenstellt, so wäre das sehr schlau — für den Ochsen.

(Aus einer indischen Rabe.)

## Das Leben.

„Das Leben ist ein Blumengarten,“ sagte der Schmetterling.

„Nein, ein Haufen Dreck,“ entgegnete der Raupe.

„Naun,“ rief eine Rabe, „das Leben ist eine süße Frucht, ich hab' mich ja durchgetrieben.“

„Tore, Ihr,“ schimpft eine andere Rabe, „das Leben ist eine einzige lallende Leiche!“

„Nein,“ rauscht eine dritte, „es ist eine Käseflocke.“

„Das Leben ist unergründlich und geheimnisvoll,“ spricht ein trümmerischer Wal.

„Freunde, glaubt mir!“ rauscht ein Goldfisch, „es ist fleisch und durchdringlich!“

„Nein, nein!“ widerspricht der Sandwurm, „Das Leben ist dunkel und in ewiger Unschärfe Bewegung.“

„Sicherlich, es ist stark und reglos!“ entgegnete ein Regenwurm.

.... So wird man weiterkreuzen bis in die Ewigkeit.



## Aus unserm Beruf.

**Oberfeld.** „Selbstverwaltung — Mitbestimmung — Mitgliederrecht!“ Welch schöne Aussichten eröffnet das den Menschen, die sonst im Leben in untergeordneten, dienender Stellung sich befinden! Und wo findet sich solches wohl in ausgedehnterem Maße als in unsern verschiedenen und doch ein Ziel verfolgenden freien Arbeitserorganisationen. Betrachten wir uns einmal dieses Recht in unserm öffentlichen Staatsleben. Zum Beispiel in der Gemeinde, dem kleinen Gebäude im Staatsbetriebe. In welch kleiner, ungerechter Weise wird dort dem einzelnen Bürger dieses Recht eingeschränkt und verkümmert? Man denkt nur an die Dreiklassenenteilung der Gemeindemitglieder bei Wahlen und dementsprechend die verschiedene Behandlung bei allen öffentlichen Vorlommisssen. Wie ganz anders ist es gegenüber bei uns in den einzelnen Organisationen. Hier hat ein jedes Mitglied das Recht mitzubestimmen bei allen die Organisation berührenden Fragen. Aber hier ist es, wo es sehr oft kommt, wo man oft eine Unzufriedenheit auftrifft, die manchmal zu Disziplinabriggern führt. Und das nicht bei jungen, neuangemommenen Mitgliedern, sondern bei solchen, die schon jahrelang der Organisation angehören, von denen man als allermindst fordern könnte, daß sie die Anfangsgründe des demokratischen Prinzips begriffen hätten. Aber weit gefehlt, diese Kollegen könnten es immer noch nicht begreifen, daß da wo es Rechte gibt, auch Pflichten sind. Und diese Pflichten beziehen in Unterordnung unter die einmal festgefaßten Beschlüsse Neuen vor einmal die Verhältnisse wie sie liegen: Eine Organisation oder auch eine einzelne Filiale hat einen Vorstand, der durch das Vertrauen des Mehrzahl der Mitglieder bestimmt wurde. Diesem werden hierdurch doch auch gewisse Rechte eingeräumt, wie Einberufung von Versammlungen, Einfassierung der Beiträge, Verwaltung der eingegangenen Gelder und vieles mehr natürlich mit späterer Wechselseitigkeit der ganzen Mitgliedschaft gegenüber. Aber über eine Filiale hat das sogenannte Delegationsystem eingeführt. Letzteres hat sich doch bei allen größeren Organisationen, die räumlich weit auseinanderliegen, als notwendig herausgestellt. Dieses zu Recht bestehende Delegationsprinzip wird nun einmal in die Praxis umgesetzt, indem der Vorstand in einer eiligen, brennenden Frage die Delegierten oder Vertrauensleute der einzelnen Zweigstellen einen Auftrag gibt und diesen auch in gewissen Zeiträumen einen Bericht faßt und diesen auch in einem jeden bedingt und erkannt ist, denn muß ja die Weiterleitung Fahrt brechen, so und nicht anders kann es gehen, der einzelne muß sich der Willensinstanz fügen, ohne Sonderinteressen, ohne Eigendrodelei, die Einheit vor allem die Organisation über alles!

Dann kann es auch nicht mehr vorkommen, daß bei Verbandswahlen oder Vergabeung wichtiger Betriebsposten ein Amt, das durch das Vertrauen der Kollegen dem eingetragenen und die Mitglieder darüber besticht werden, was sie als ihr Recht zu fordern, aber nach was für Pflichten sie zu erfüllen haben, und wenn dieses alles von einem jeden bedingt und erkannt ist, dann muß ja die Weiterleitung Fahrt brechen, so und nicht anders kann es gehen, der einzelne muß sich der Willensinstanz fügen, ohne Sonderinteressen, ohne Eigendrodelei, die Einheit vor allem die Organisation über alles!

Aber weit gefehlt! Schon oft erhebt sich doch noch ein Widerspruch, was unverständlich ist. Hier nach die Ausklärung einfassen und die Mitglieder darüber besticht werden, was sie als ihr Recht zu fordern, aber nach was für Pflichten sie zu erfüllen haben, und wenn dieses alles von einem jeden bedingt und erkannt ist, dann muß ja die Weiterleitung Fahrt brechen, so und nicht anders kann es gehen, der einzelne muß sich der Willensinstanz fügen, ohne Sonderinteressen, ohne Eigendrodelei, die Einheit vor allem die Organisation über alles!

Dann kann es auch nicht mehr vorkommen, daß bei

Verbandswahlen oder Vergabeung wichtiger Betriebsposten ein Amt, das durch das Vertrauen der Kollegen dem eingetragenen und die Mitglieder darüber besticht werden, was sie als ihr Recht zu fordern, aber nach was für Pflichten sie zu erfüllen haben, und wenn dieses alles von einem jeden bedingt und erkannt ist, dann muß ja die Weiterleitung Fahrt brechen, so und nicht anders kann es gehen, der einzelne muß sich der Willensinstanz fügen, ohne Sonderinteressen, ohne Eigendrodelei, die Einheit vor allem die Organisation über alles!

Zu einer Ratsitzung aus Leipzig in Nr. 51 des „Vereins-Anzeiger“ vom 20. Dezember 1913, in der uns eine Personenzettelung unterlaufen ist, geht aus von dem Kassierer des neuen Zentralverbandes in Leipzig und des dortigen Bezirksausschusses Bericht über Beurteilung auf das Pregeleb folgende Berichtigung zu:

Richt wahr ist das in Leipzig der Filialkassierer

gleichzeitig Kassierer des Kartells der freien demokratischen Organisation abhängen sind und dabei etwas mitgenommen haben auf das sie keinen rechtswidrigen Anspruch hätten.

Richt wahr ist das in Leipzig der Filial-

Kassierer gleichzeitig Kartellkassierer sowie Vorsitzende des Gefangenvereins war.

Wahr ist das der Kartellkassierer nicht Maler

sondern Metallarbeiter ist und beide Kassiere noch in Tätigkeit sind.

Keiner Kassierer des neuen Zentralverbandes

der Maler der Filiale Leipzig.

Magister Schmid Kartell-Kassierer.

Vor vorstehender Berichtigung würden wir auch ohne Beurteilung auf das Pregeleb Ratsitz genommen haben, da es uns nicht darum zu tun sein kann. Personen angekreuzen, sondern nur darum, zu zeigen, daß im Kreis Verband nicht alles so einwandfrei ist, als wenn es besticht hinzu. Wenn dabei eine Verwechslung in der Tätigkeit der Person vorgekommen ist, so kommt das daher, daß Mitglieder des Kreis Verbandes selbst nicht klar darüber sind, wer zu welchem Amt bestimmt ist, und auch gerade aus diesen Gründen ergibt es, daß der neuen Unterorganisation Durchgesetzte auch Rechtfertigungen mit verlangt habe, die ihrer zu anderen Zwecken übergeben werden. Genauso ist, daß einer der geschäftigen Geistige im Kreis Verband, der auch berichtigend an der Berichtigungsteilnahme ist in die jüngste Zeit hinein beteiligt war, geblieben ist und dabei seine Kollegen geschädigt hat. Der von der Staatsanwaltschaft verfolgte vor Berichterstatter des Staatsgerichts. Dieser ist der Leiter des neuen Verbandes und von diesem kann zu trennen. Interessant ist an der Berichtigung, daß der soll Staatsanwalt und erkennt wird. Dafür erkennt das jedoch erschwertes Verhältnisse, daß das Mitglied Staatsanwalt aufgeschlossen wurde wegen Richterfehler vom Verbandsmaterial.

## Eingesandt.

### Zur Ausübung unserer Arbeitskraft.

Ich möchte eine Ergänzung des Artikels in Nr. 1 Seite 4 des „Vereins-Anzeiger“ bringen, der sehr interessante Ausführungen über die Ausübung unserer Arbeitskraft enthielt. Es wurden dort die Wirkungen der Spezial- und Allardarbeit sowie des ganz besonders in Berlin entwickelten Schiebersystems geschildert. Aber ich vermisse noch ein anderes System, den Arbeitsprozeß zu verkürzen, und zwar die Verwendung von Er-satzstoffen, die entweder den Arbeitsprozeß technisch verkürzen, oder auch solche, die einen und manchmal auch zwei Anstreiche sparen. Zu letztem rechte ich das sogenannte „Kalavrieren“ größerer Mauerflächen (Treppenläufe, Balken usw.), was eine nicht unbedeutende Zeit und auch Materialersparnis zur Folge hat, denn mit der Bürste geht es schneller als mit dem Pinsel. Hierzu gehört auch die in letzter Zeit außergewöhnlich häufige Verwendung von sogenanntem „Schnellfarben“ als leichten Oelenstrich. Der einzige Grund dafür ist: „Zeitersparnis“, da reelle Waschfarbe, wie jedem Kollegen bekannt, peinlich sauberer gestrichen werden muss. Dabei ist die Anwendung beider „Er-satzstoffe“ offenkundlich Verteilung, da die Arbeit von Seiten des Unternehmers jedenfalls zu andern Bedingungen übernommen wird.

Dann jene Stoffe, die direkt Anstreiche sparen, sei es durch eine dementsprechende Grundierung oder durch Beimischung zur Farbe. Beides verschleiert das Endprodukt, das ist ohne Frage; aber sie verfügen und verbilligen den Arbeitsprozeß, worauf es dem Unternehmertum auch bloß ankommt. Das Schlimmste ist, daß dieses auch bei staatlichen und städtischen Bauten geschieht und daß sich immer wieder Kollegen finden, die sich zu solchen Manipulationen hingezogen fühlen. Es ist ohne Zweifel, daß eine solche Praxis sehr oft der Grund zu so unglaublichen Subsistenzresultaten ist. In der „Berliner Malerzeitung“, dem Organ des Arbeitgeberverbandes vom 20. Dezember, wird das in einer Bemerkung über das Subsistenzbedürfnis einer Kaufmänner Schule auch unumwunden zugegeben. Es wird dort ausgeführt, daß Firmen, die schon öfter solche Arbeiten gemacht haben, ja wissen, daß das nicht so genau genommen wird. (Gemeint sind die Ausführungsbüros.) Es ist daher Aufgabe aller Kollegen, sich zu solchen Manipulationen nicht hinzugeben, oder aber solche Praktische reien der Behörde respektive beim Auftraggeber anzugeben. Aber auch unsere Filialen müssen alles tun, um solche Praktiken zu befehligen. Wenn die Unternehmer öfter mit solchen betrügerischen Manipulationen hineinfallen, werden sie es ihnen bleiben lassen. Selbstverständlich stimme ich den Schlussbemerkungen des Artikels im „Vereins-Anzeiger“ vollständig zu: „Kein Kollegialität und Solidarität und eine festgeigte Organisation sind die Grundbedingung, um gegen solche Betrügereien erfolgreich zu kämpfen.“ J. R.

## Aus Unternehmerräumen.

**Gebietgebererklärung.** Das Hauptamt für das Malergewerbe hat bestimmt in seiner Sitzung vom 3. November 1913 beschlossen, daß der Hauptverband Deutscher Arbeitgeber im Malergewerbe verpflichtet sei, den Gesetz II (Allemannia und Westfalen) wegen Kartellbruch aus dem Hauptverband auszuschließen.

Die mit dem Kartellbruch beladenen rheinisch-westfälischen Arbeitgeber hielten aber an der Abrechnung des Reichskartärs fest, worauf seitens des Hauptverbandes der Ausschluß des Gesetz II erfolgte. Gleichzeitig legte der Hauptverband jedem Mitgliede nachfolgende Worte vor: Unterstellt vor:

Der Reichskartärs für das deutsche Malergewerbe steht Ihnen Schiedsprüchen erlaubt ist für mich bindend und denktfrage den Hauptverband deutscher Arbeitgebererlaubt, meine Rechte aus dem Kartellvertrag vorläufig wahrzunehmen.

Hochachtend

Name: .....

Wohnort: ..... Straße und Nummer: .....

Um zu verhindern, daß sich die einzelnen Arbeitgeber unter dem Schutz des Hauptverbandes begeben, wird der Tocovianski schlimmster Sorte angewandt, was aus nachfolgendem Protokol mit aller Deutlichkeit ersichtlich ist und eines Kommentars nicht bedarf:

Arbeitgeberverband für das Malergewerbe im Siegerland.

Siegen, den 1. Januar 1914.

Geehrter Herr Kollege!

Mit werden in den nächsten Tagen ein Schreiben an alle diejenigen Einwohner der Stadt und des Kreises Siegen, die für sich oder für Rechnung anderer Maler- und Anstreicherarbeiter zu vergeben haben, verfeindet. Dem Schreiben werden wir auch eine Liste der Mitglieder des Arbeitgeberverbandes für das Malergewerbe im Kreis Siegen beigeben und dabei bemerken, welche Kollegen Mitglieder sind, oder sich abgesondert haben und aus in unsrer Heidebungen nicht unterscheiden wollen.

Da auch Sie dem Arbeitgeberverband nicht angehören, geben wir Ihnen anheim, sich bis zum 8. dieses Monats einzumelden, damit wir Sie auch als Mitglied aufnehmen können.

Mit kollegialen Gras.

Der geschäftsführende Verordn.

Was kommen sich die Innungsbedürfer um Geist und Kraft? Doch sie sind unseres Kartellvertrages nach vorherigen Jahre hat bekanntlich der preußische Landesminister einen Entschluß veröffentlich, in dem es als unzulässig bezeichnet wird, wenn Innungsmitglieder „Feste“ fassen, die sich als Kampfmärsche in einem wirtschaftlichen Streite zwischen Arbeitgebern und Arbeitern dastellen. Womit heißt es in dem Ministerialerlaß: „Deshalb ist es der Vertrag un-

wenn Zwangsinnungen ... ihren Mitgliedern unter Strafeandrohung allgemein und ohne Rücksicht auf den Inhalt verbieten, Sonderverträge mit den Gesellen abzuschließen und wegen der Nichtbefolgung solcher Vorschriften Strafen gegen die Innungsmitglieder festsetzen.“ Der Ministerialerlaß betont ferner ausdrücklich, daß Beschlüsse, welche lediglich dazu dienen, die Innungsmitglieder zur Befolgung der von den Arbeitgebern zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen getroffenen Vereinbarungen zu nötigen, die Vorschriften der Gewerbeordnung gegen den Koalitionszwang verlegen.

Dieser Ministerialerlaß, der jetzzeitig durch alle Zeitungen ging, hat die Wälderzwangsinning in Burg bei Magdeburg nicht abgehalten, einer Angabe ihrer Mitglieder dieser Tage folgendes Schreiben zu seihen:

Durch Beschluß des Vorstandes der Wälderzwangsinning vom 28. April 1913 ist bestimmt, daß dasjenige Mitglied der Innung mit einer Geldstrafe von # 20 zu belegen sei, welches einen Einzeltarif des Verbandes der Wälder, Konditoren und Bierfüßgenossen Deutschlands anerkennt.

Sie haben diesem Beschluß widersprochen. Gemäß § 10 des Innungsstatutis wird daher eine Ordungssstrafe von # 20 gegen Sie festgesetzt, welche bei Vermeidung der zwangsweise Einziehung binnen einer Woche zur Innungskasse zu zahlen ist.

Gleichzeitig ging den Meistern eine „Befreiungsaufforderung“ zu, in der mitgeteilt wird, daß in der Generalversammlung der Innung am 4. November 1913 folgender Beschluß gesetzt worden sei:

Dasjenige Innungsmitglied, welches nach dem mit dem Gewerkschaftsamt in Burg abgeschlossenen Tarifvertrag die Verbandsleitung ermächtigte, seinen Namen in der Beleidigungsliste, sei es in Zeitungen oder Flugblättern, zu veröffentlichen oder die erzielte Ernächtigung nicht zurückzieht, wird für jeden Fall der Veröffentlichung mit einer Geldstrafe von # 20 belegt. Ferner ist bei # 20 Strafe untersagt, daß die Inhaber der geregelten Betriebe ihre Männer mit dem öffentlichen mit dem Hinweis darauf, daß sie die Organisation anerkennen und der Betrieb als gezeigt gütig. Wer den oben genannten Tarifvertrag in seiner Wälder oder in seinem Geschäftsstätte aushängt, wird ebenfalls mit # 20 Geldstrafe belegt, und zwar für jeden Tag des Aushangs.

Da man zurzeit so eifrig nach Terrorismusmaterial sucht, wird auch dieser Beitrag hoffentlich seinen Platz in der Almanappz finden. Läßt einmal ein Streitender einen Streitbrecher in berechtigtem Sinn ein Wort zu, ist das Hallo groß und der Sünder verfällt unrechtfertig der Justiz; man hat aber noch nicht gehört, daß die Staatsanwaltschaft auch in diesen Fällen offenkundiger Gesetzesverletzung so fit eingreift.

## Gewerkschaftliches.

**Gewerkschaftlicher Rückblick auf das Jahr 1913.** Das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ bringt in seiner Nr. 1 dieses Jahres einen Rückblick auf das verflossene Wirtschaftsjahr. Nach einer Befreiung der wirtschaftlichen Zustände des Jahres 1913 und einer statistischen Darstellung über den Beschäftigungsgrad wird die gewerkschaftliche Bilanz wie folgt gezogen:

Die Gewerkschaften konnten sich den ungünstigen Wirkungen der Wirtschaftslage nicht ganz entziehen. Wenn auch die meisten Organisationen weiter standgehalten haben, hat doch eine Reihe zahl mit teilweise erheblichen Mitgliederlusten kämpfen müssen. Von 49 Verbänden, deren Mitgliederzahl für das dritte Quartal 1913 uns vorliegen, hatten 19 einen Rückgang von Mitgliedern zu beklagen. Diese 49 Verbände (einschließlich der Landarbeiter und Hausangestellten) zählten am Ende des dritten Quartals 1912 2 595 339 Mitglieder, dagegen am Schlusse des dritten Quartals 1913 nur 2 575 669 Mitglieder. Der Rückgang beträgt 19 676 Mitglieder oder 0,76 %. Keine Angaben lagen von einem Verband mit 8617 Mitgliedern vor. Es ist nicht anzunehmen, daß das vierte Quartal des letzten Jahres günstigere Verhältnisse aufzuweisen hätte, so daß die Gesamtmitgliederziffer hinter der des Vorjahrs, wenn auch nicht erheblich, zurückbleiben dürfte. Es wird die dringendste Aufgabe aller Gewerkschaften in dem neuen, vor uns liegenden Jahre sein, darin zu zwecken, daß der Verlust bald als möglich wieder auszugleichen wird.

Über die Lohn- und Kartellbewegungen leiten wir: Den Höhepunkt der gewerkschaftlichen Vorgänge im Berichtsjahr bildeten die großen Bohr- und Tarifbewegungen. Wenn auch die meisten Organisationen weiter standgehalten haben, hat doch eine Reihe zahl mit teilweise erheblichen Mitgliederlusten kämpfen müssen. Von 49 Verbänden, deren Mitgliederzahl für das dritte Quartal 1913 uns vorliegen, hatten 19 einen Rückgang von Mitgliedern zu beklagen. Diese 49 Verbände (einschließlich der Landarbeiter und Hausangestellten) zählten am Ende des dritten Quartals 1912 2 595 339 Mitglieder, dagegen am Schlusse des dritten Quartals 1913 nur 2 575 669 Mitglieder. Der Rückgang beträgt 19 676 Mitglieder oder 0,76 %. Keine Angaben lagen von einem Verband mit 8617 Mitgliedern vor. Es ist nicht anzunehmen, daß das vierte Quartal des letzten Jahres günstigere Verhältnisse aufzuweisen hätte, so daß die Gesamtmitgliederziffer hinter der des Vorjahrs, wenn auch nicht erheblich, zurückbleiben dürfte. Es wird die dringendste Aufgabe aller Gewerkschaften in dem neuen, vor uns liegenden Jahre sein, darin zu zwecken, daß der Verlust bald als möglich wieder auszugleichen wird.

Über die Lohn- und Kartellbewegungen leiten wir: Den Höhepunkt der gewerkschaftlichen Vorgänge im Berichtsjahr bildeten die großen Bohr- und Tarifbewegungen. Wenn auch die meisten Organisationen weiter standgehalten haben, hat doch eine Reihe zahl mit teilweise erheblichen Mitgliederlusten kämpfen müssen. Von 49 Verbänden, deren Mitgliederzahl für das dritte Quartal 1913 uns vorliegen, hatten 19 einen Rückgang von Mitgliedern zu beklagen. Diese 49 Verbände (einschließlich der Landarbeiter und Hausangestellten) zählten am Ende des dritten Quartals 1912 2 595 339 Mitglieder, dagegen am Schlusse des dritten Quartals 1913 nur 2 575 669 Mitglieder. Der Rückgang beträgt 19 676 Mitglieder oder 0,76 %. Keine Angaben lagen von einem Verband mit 8617 Mitgliedern vor. Es ist nicht anzunehmen, daß das vierte Quartal des letzten Jahres günstigere Verhältnisse aufzuweisen hätte, so daß die Gesamtmitgliederziffer hinter der des Vorjahrs, wenn auch nicht erheblich, zurückbleiben dürfte. Es wird die dringendste Aufgabe aller Gewerkschaften in dem neuen, vor uns liegenden Jahre sein, darin zu zwecken, daß der Verlust bald als möglich wieder auszugleichen wird.

Über die Lohn- und Kartellbewegungen leiten wir: Den Höhepunkt der gewerkschaftlichen Vorgänge im Berichtsjahr bildeten die großen Bohr- und Tarifbewegungen. Wenn auch die meisten Organisationen weiter standgehalten haben, hat doch eine Reihe zahl mit teilweise erheblichen Mitgliederlusten kämpfen müssen. Von 49 Verbänden, deren Mitgliederzahl für das dritte Quartal 1913 uns vorliegen, hatten 19 einen Rückgang von Mitgliedern zu beklagen. Diese 49 Verbände (einschließlich der Landarbeiter und Hausangestellten) zählten am Ende des dritten Quartals 1912 2 595 339 Mitglieder, dagegen am Schlusse des dritten Quartals 1913 nur 2 575 669 Mitglieder. Der Rückgang beträgt 19 676 Mitglieder oder 0,76 %. Keine Angaben lagen von einem Verband mit 8617 Mitgliedern vor. Es ist nicht anzunehmen, daß das vierte Quartal des letzten Jahres günstigere Verhältnisse aufzuweisen hätte, so daß die Gesamtmitgliederziffer hinter der des Vorjahrs, wenn auch nicht erheblich, zurückbleiben dürfte. Es wird die dringendste Aufgabe aller Gewerkschaften in dem neuen, vor uns liegenden Jahre sein, darin zu zwecken, daß der Verlust bald als möglich wieder auszugleichen wird.

dah̄ im Baugewerbe und Holzgewerbe die drohenden schweren Strafen vermieden wurden, wie es doppelt fadenswert war, dah̄ in der Schiffbauindustrie die Arbeiter sich nicht halten ließen und durch ihr eigenmächtiges Vorgehen den ganzen Erfolg der eingeleiteten Lohnbewegung verhinderten. Die Tarifbewegungen im Bau- und Holzgewerbe sind erfolgreich für die Arbeiterschaft beendet worden. Ein großes Verdienst um die schädliche Ausplünderung der Fässerungen haben sich dabei die Herren Illustrirten erworben, denen der Dank der gesamten Beteiligten wie auch der Öffentlichkeit gebührt.

Die sozialpolitische Ernte des Jahres 1913  
bezeichnet das "Correspondenzblatt" als überaus dürftig.  
Es meint: Säte nicht das Angestelltenversicherungsgesetz in  
Kraft getreten, so hätten wir große Rüste, ein positives  
Ergebnis festzustellen. Ausgesonderte hat die Reichs-  
regierung gegenüber der Arbeitslosennot versagt und die  
Einführung einer Reichs-Arbeitslosenversicherung wie auch  
die Förderung der kommunalen oder landesrechtlichen  
Arbeitslosenversicherung abgelehnt. Sie hält das Problem  
der Arbeitslosenversicherung für ungenügend ausgereift und  
will sich verhältnig mit dem Ausbau der Arbeitslosenstatistik  
und der Arbeiterzählung begnügen. Das Genter System,  
das die Arbeitslosenunterstützung der Arbeiter- und An-  
gestelltenverbände mit öffentlichen Mitteln subventioniert,  
lebt sie ab, weil es den zu Haushaltsschreien unangeneh-  
empfundenen Organisationsgedanken kräftigt. Die Ar-  
beiter sind also auch weiterhin um die geringen Mittel der  
Zentralstelle verzweckt. Daß die Arbeiterschaft ihre Arbeits-  
losen nicht vergibt beweisen die großen Sammlungen in  
Berlin und anderen Städten ein Urteil des Reichsgerichts.  
Die Verbrennung gegenüber dieser im Rahmen  
allem bestreitbar, im Leben aber erstaunlich grausamhandelnden  
Hypothek wird jedoch durch den erzielenden Standpunkt  
der letzten Worte am Ende gewirkt und die politischen  
Vorwürfe unbedeutend erscheinen.

Der Kampf um das Radikalismus der Weber und  
Herrschern wurde jedoch erneut und verstärkt ausgetragen.  
Wie überall die Liberalen und radikalischen Freiheit Deutsc-  
lands waren aktiv tätig waren.

Der kommende Krieg — ist nicht die „Gesetzlosigkeit“ — wird die freigieige Schlechtheit ihres Stamps aufzudecken. Hier Zuwendung noch geben wir einer neuen Waffe, kann doch vielleicht das fälscheren Lande erneut erneut. So brüderlich ihre Söhnen bewußtes in den Herzen der Mütter verblieben bleibt, so eng sind nun auch Geschwister werden, daß in beiden Freuden und Leidern ein Gefühl des gemeinsamen Schicksals der Freiheitserhaltung herrscht. Bei dem Einheitsgeist auf allen Punkten der wahrheitliche Krieger mit bewußtseinfähig ist. Der kundhaften Abschaffung großer Städte und die Einführung einer reinlichen Erziehungsförderung durch den weisesten Menschenmenschik Schule tragen, so daß vom jungen Körper und Geiste gesprochen werden, daß der Krieg entblößt werden kann. So können wir auf der Friedenszeitlichen Zukunft erhofft und Hoffnungen und die Freiheit für den kleinen Elternschaft weiterer Erziehungswissens aufzurichten. Wenn wir in diesem Sinne werden wir Siegen!

Der Kommunistische Stadt in Berlin fasst sich von dem politischen Leben ganz. Zu Beginn des Jahres 1898 waren der wahrschneie Sekretär des „Kommunisten“ hierzulande noch unbekannt. Begegnung der Organisationen und ihres Führers seit 1891, in der Zeit von Jahre 1899, mit der Entwicklung der Zentralleitung der Komintern und Berlin und der Welt des neuen Sozialismus, der Kultur, organisatorischer Sphären zu bewältigen. Mitte des Decades konnte 1898 Mitglieder, je nach die Kommunisten bis 1905 auf dieses über 3000. Seitdem kam im Durchschnitt eine halbe Stunde ein, die auf der Entwicklungslinie höheren wurde. Vor allem aber ist die neue Entwicklung mit ihrer Fortsetzung jetzt jenseit der Entwicklung der Komintern zumal in der Sowjetunion und die Wirkung bestimmt geworden und die jahre Langzeit geprägt. Es konnte es nicht verhindern, dass die Mitgliedszahl bis auf 3800 weiter zunahm und die Geschäftsführung seit langem ist die Organisation und Produktionsgruppen koordiniert. Mit dem Zustand der Organisation sind gleichzeitig auch der erste Sekretär des Partei, Paul Drapert, eine fast fünfzigjährige Tätigkeit als Redakteur und Redakteur der Zeitung geführt. Dieser hat während seiner langen Tätigkeit den Kommunismus durch viele schwere politische Hindernisse geführt. Die ihm infolge geschaffene und bewunderte Berühmtheit und Ruhmlosigkeit verschafft unzählige Werke, die leider in vielen Weise beschädigt wurden. Wenn wir bedenken, dass die Organisation mit dem Gedenktag verbunden, so gehen wir und auch der Fortsetzung hin, auf einen Zustand und kann vorausgesagt sein mögliche keine Schäden mehr keinen Schaden zu erwarten.

Von den Sezern sind 81,9 p $\beta$ t. im Wochenlohn, 8,7 p $\beta$ t. im Alfordlohn beschäftigt. Der Prozentsatz der im Wochenlohn Beschäftigten ist demnach erfreulicherweise gestiegen. Er betrug 1907 84,9 und 1910 88,6 p $\beta$ t. Der Prozentsatz der im Alfordlohn Beschäftigten ist entsprechend zurückgegangen. Eine ganz beträchtliche Verkehrung haben die Maschinen in den Buchdruckereien erfahren. So stieg seit 1906 die Zahl der Schnellpressen von 13 558 auf 21 261, der Liegelpressen von 6490 auf 10 781, der Bostonpressen von 2505 auf 3361 und der Rotationsmaschinen von 1089 auf 1457. Zu ganz erheblichem Maße hat die Schriftmaschine an Terrain gewonnen. Im Jahre 1900 waren 389 in Betrieb, 1912 4194. Maschinenseigner wurden 1900 525 gezählt, 1912 5469. Die größere Hälfte der Schriftmaschinen, nämlich 52,8 p $\beta$ t., ist in Betrieben in Gebrauch, die bis zu 25 Gehilfen beschäftigen.

Das Verhältnis der Lehrlinge zu den Gehilfen ist einigermaßen stabil geblieben. Es kamen auf 100 Geke im Jahre 1900 23,55 Lehrlinge, im Jahre 1912 23,6. Auf 100 Studenten kamen 1910 39,29 Lehrlinge, 1912 37,4. Bezuglich der Arbeitszeit kommt die Statistik zu folgendem Ergebnis: Im Jahre 1906 arbeiteten 70,6 p.ßt. Gehilfen in tarifmäßiger Arbeitszeit. Eine längere Arbeitszeit hatten 16,6 p.ßt. und eine längere Arbeitszeit 12,8 p.ßt. Im Jahre 1912 ist der Prozentsatz der in tarifmäßiger Arbeitszeit beschäftigten Gehilfen auf 61,4 p.ßt. herabgegangen, hingegen ist der Prozentsatz derjenigen, die eine längere Arbeitszeit hatten, auf 26,6 p.ßt. gestiegen. Gleichgeblieben ist der Prozentsatz der Gehilfen, die eine längere Arbeitszeit hatten.

Neben die Gestaltung der Löhne unter dem Einfluß der Tarifgemeinschaft, und sonst für handischer, Maschinenmeister und Schweißerdegen gelangt die Statistik zu nachstehendem Resultat: Das Maximum arbeiteten im Jahre 1894 22.1 p. ct., 1912 29.4 p. ct.; über Minimum im Jahre 1894 54.4 p. ct., 1912 58.5 p. ct.; unter Minimum im Jahre 1894 12.5 p. ct., 1912 1.4 p. ct. Die hohe Bedeutung der Tarifgemeinschaft auf die einzige Entscheidung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Interesse des gesamten Berufes kann nicht zu verkennen. Fortbildung ist natürlich eine seitgefragte, wohlgereichte Organisation.

wurde vom Reichstag beschlossen und folgende Tage vom Reich a. 1864 einberufen. Zur Regierung stehen unter anderem auch die Kanzleien. Unsere Zeit ist im wirtschaftlichen Stande; die auf Schaffung eines besondern Staatsarbeiterstaates gerichteten Streitungen und unsere Stellung dazu; Richtergerichte für Strafverbrechen.

Das Projekt einer deutschen Strafpolizei. Dem  
deutschen Ministerium ging durch den Abgeordneten  
Dr. Schlemann im Antrage bei desselben Industrie-  
ministerium eine Eintritts- zu, welche gefordert wird, daß bei  
den Polizeibehörden und der Zollgendarmerie Sachsen  
eigene Formulare ausgetüftet werden, um bei Entfernung und  
Inspektionen den offiziellen Befragungsorden zur Ver-  
fügung zu haben. Voraussetzung wäre weiter anderermaßen aus-  
zuführen, daß die örtlichen Polizeibehörden sich über den  
Laufgang ihrer Befragungen nicht öffentlich machen könnten und  
solche bedrohlich gezeichnete Personen fehlen, denen die offiziell  
ausgetüftige Eintritts- oder Befragungserlaubnis der Strafpolizei ent-  
zerrichtet werden kann. — Zu dieser Voraussetzung wird  
dijo, wenn es zu wollen, angegeben, daß es sich nur um  
eine planmäßige Überwachung der Strafpolizei im  
Industriegebiet handelt. Es kann die Schaffung  
einer staatlichen Unternehmenspolizei ge-  
fordert, die keinem Betrieb sein soll, die Arbeiterschaft  
in der Ausübung ihrer geschäftlich bestimmbaren Rechte zu  
schützen, damit der Profit der Unternehmer nicht geschmälert  
werde; mögen die Sanktionen und Restraktionen der Stra-  
fpolizei nach je berechnigt sein. Denn könnte es sich für die  
Polizei mit keinen handeln, die Strafe, Ordnung und Ge-  
sellschaftssicherheit auf den Straßen vor einem bestimmten Be-  
triebe aufrechtzu erhalten, so könnte sie höchst bedenklich besser  
erfüllt werden, wenn sie bei eigenständigen Strafpolizeien damit  
zusammen würde, die ja keine andere Aufgabe haben, als  
die Strafpolizei aufständische Menschen vor Unternehmens-  
betrieben und vor Verlust ihrer Eigne zu beschützen.

**Sozialpolitische.**

**Die Organisation der Gelehrtenvereinisse.** Die neuere Entwicklung nimmt die größten Erfolge auf, denn Schule und den verlorenen geistigen „größeren Zielen“ wieder anzufangen. Man kommt hier zum Teil wieder dadurch entzündet zu tun, daß man bei „Vorlesungen mit allem, was ist“. So entstehen die neuen „Sprechverfassungsschulen“. So entsteht die neuere Schuleverfassung, welche zum Beispiel eine Reihe von Voraussetzungen über all Gelehrtenvereinisse aufweist, das besonders gezeigt werden soll. Der Vorwurf der Täuschung kann ausgedehnten Erfahrungen nach den bestensfeindlichen zweck Sinnen vom Gelehrtenvereinisse eingespielt werden: solche von Sinnen, für die bei den Möglichkeiten der Voraussetzung befähigten Schülern und solche von den Schülern, welche für die bei nicht voraussetzbaren Schülern und nur befähigten Schülern. Ein großer und gewissermaßen der Gelehrtenvereinisse Sonderfall zeigt hier die Art einer Verstellung, die nach ihrer Ausprägung ein überaus ungünstiges Resultat bringt.

Die Gesamtfläche Siedlungsgebiet West hat wiederholt Ge-  
änderungen unter den Wirkungen des Sandsteinabbaus  
erfahren, insbesondere im Jahre 1934, bei dem im  
Jahre 1928 über 70 ha der Boden und 2200 obh.  
in Höhe der Zementfabrikatur des Betriebes war. Von  
diesem Jahr 1934 ausgerechnet 1978 befindet sich  
die gesamte Fläche des Siedlungsgebietes West auf Höhe und  
über der Zementfabrikatur. Sofern weiterhin entsprechende  
Veränderungen des geologischen Siedlungsgebietes West bis  
heute bestehen, dann ist dieser im Jahre 1972 im Bereich  
der Zement- und 636 Sandsteinabbaufabrikatur vollständig  
abgebaut.

Um diese Gründungsdokumente zu erhalten, gab Zöllner auch 5000, um diese Zeichnungen durch 10000 Goldstücke zu erwerben. Die ersten Goldstücke über die Zeichnungen gab Zöllner

werksschmiedegeesches berechnen den Prozentsatz derjenigen Innungslehrlinge, welche sich nach Beendigung ihrer Lehrzeit der Gesellenprüfung unterziehen, auf 95 für das Reich. In den einzelnen Handwerkskammern ist natürlich dieses Ergebnis sehr verschieden. Im Bezirk Köln unterzogen sich 66 p<sup>t</sup>. der Lehrlinge der Prüfung, in Coblenz 63 p<sup>t</sup>, in Berlin sogar 100 p<sup>t</sup>.

Es ist eine Verfehlung der Macht der wirtschaftlichen Verhältnisse, wenn man glaubt durch solche Formalitäten, wie die Gesellenprüfung, den Boden wieder zu gewinnen, aus dem dem Handwerk in Zukunft ein wirtschaftlicher Aufschwung erblühen kann. Die Blütezeit des Handwerks ist unwiederbringlich vorüber. Die mechanische kapitalistische Produktionsweise braucht auch weniger handwerklich fähig vorgebildete Arbeitskräfte. Sie verwandelt selbst den Menschen in eine Maschine.

## **Gewerbe- und soziale Hygiene.**

**Unentgeltliche Untersuchung auf Bleivergiftung**  
Das Herateam der Landesfranzenstelle in Budapest teilte unserm Brüderverband mit, daß es alle im Industrie- gewerbe beschäftigten Arbeiter, die sich dazu melden, unentgeltlich untersucht, ob sie bleifarnt seien. Das Ergebnis der Untersuchung soll als Grundlage wichtiger statistischer Daten über Bleivergiftung und deren Folgen dienen. Das Verbandsorgan bringt aus diesem Grunde einen Aufruf an alle Kollegen in Budapest und Umgegend, in ihrem eigenen Interesse dem Wunsche des Herateams nachzuhören und sich bei der Landesfranzenstelle oder im Verbandsbüro zu melden.

„Berufskrankheiten und Berufsunfälle gleich und fallen unter Gesetz.“ Diese wichtige Entscheidung fällt am 28. Dezember vorigen Jahres der Richter des Obergerichts in Cincinnati (Nordamerika) Robert Hugh. Seine Entscheidung dürfte tief eindrückend sein, denn auch die höheren Gerichte auf seinen Standpunkt stellten. Er erkannte an, daß Berufskrankheiten in demselben Maßstab unter das Arbeiterversicherungsgesetz gestellt werden müssen wie berufliche Unfälle. Er führte aus: Eine persönliche Verlegung brauche nicht unbedingt eine Verlegung zu sein, die der Arbeiter durch einen Schlag einen Schnitt oder durch Quetschung erleidet; sondern daß eine Krankheit, die sich ein Arbeiter in Folge seines Berufes ausgezogen, dem Einre des Gesetzes nach ebenso Verlegung sei und zu Schadenersatz unter dem Unfallgesetz berechtigt.

Die Entscheidung bestätigte das Verdict einer Jury, die dem Wagenbauer Louis Blaslow 500 Dollar Entschädigung aufsprach, weil er sich die Kleidergriffung während der Arbeit in der Fabrik zugesetzt habe. Der Gesundheitsbeamte Louis sprach sich infolge dieses Urteils sehr lobend über den Richter aus.

## **Polizei und Gerichte.**

Eine neue Reichsgerichtsentscheidung zum § 193.  
Bor fürgemt hat das Reichsgericht ein neues Urteil über die Anwendung des § 193 bei Preisübergaben gefällt, das sich von früheren in bewerksämter Weise abhebt. Wegen Bekleidigung des Sozialgerichts für Arbeiterversicherung war am 25. April 1912 der Redakteur Simbisch vom christlichen "Bergmann" zu 300 Geldstrafe vom Essener Landgericht verurteilt worden. Das Gericht hatte ihm den Strauß des § 193 mit der Begründung ver sagt, es habe in der Ansicht des Reichsgerichts angekllossen, daß ein Recht des Redakteurs, lediglich aus sittlichen Gefühlen die Rechte dritter Personen in einer Sache wahrzunehmen, außer er nicht in besonderer Beziehung stehe, nicht anguerkenne - sei. Der bloße Auftrag eines Arbeiters, ihnen zu ihrem Rechte zu verbelfen, rechtfertige die Annahme von persönlichen Beziehungen nicht, auch nicht seine allgemeine Stellung als Redakteur eines Blattes, daß ja als Organ des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands bezeichnet.

Auf die erfolgte Revision vom Simbusch hob das Reichsgericht dieses Urteil auf und gab hierzu folgende Begründung:

Wenn die Strafkommission annahme, daß ein Auftrag von dritter Seite den Medaillen nicht dann in den Stand setze, berechtigte Interessen wahrzunehmen, wenn der Auftrag nach den besondern Umständen zu der Annahme führe, daß durch ihn solche persönliche Beziehungen des Medaillenwurms nicht zu schaffen seien, so sei das rechtlich ungünstig. Wenn jemand durch Auftrag von einer anderen Seite mit Erlaubigung einer Angelegenheit betraut werde, so kann ihm schon der Auftrag allein ermächtigen, die bezüglich zu ermessenden berechtigten Interessen als fremde, ihm übertrauten, wahrzunehmen. Wenn der Zeiter entweder zu der Angelegenheit persönlich im weiteren Vergleichung steht oder mit deren Beziehung in dem ausgesuchten Einzelfall dem Auftrag betraut worden sei, aber wenn die eine oder die andere dieser beiden Möglichkeiten gegeben sei, so reiche das für die Anwendung des § 188 aus.

Die letzte neuen Verhandlung mit dem österreichischen  
Minister wurde darauf, wie hoch die jährliche „Zuschreibebelastung“  
wurde, zunächst freigesprochen, weil er in „Rech-  
nungserstellung berichtigter eigener und fremder Unterlagen“  
schuldig habe.

Dieser Urteil ist bezüglich von Gültigkeit noch bestreitbar, doch ist seine früheren Entscheidungen verbindlich und nach „juristischen Gründen“ zu dieser neuen Auskunft genommen sei.

## Genossenschaftliches.

**Versall von Volkversicherungen im Jahre 1912.** Einer der allgemeinen anerkannten Nachteile bei der Volkversicherung ist der ungemein häufige Vorfall von Versicherungen in den ersten drei Jahren. Wenn der Verkäufer in dieser Zeit seine Prämien nicht mehr weiterzahlen kann, erlischt bei den Privatgesellschaften die Versicherung unter vollem Verlust der bereits bezahlten Prämie. Die durch die Genossenschaften und Gemeinschaften gegründete Volkssfürsorge stellt diesen großen sozialen Mangel dadurch ab, daß sie bei Nichtweiterzahlung im ersten Jahre der Versicherungsdauer die bereits bezahlten Prämien unter Abzug eines angemessenen Prozentsatzes für Risiko und Verwaltung als einmalige Prämie auf die Sparsicherung überträgt, und die Versicherung in eine prämienfreie Sicherung umwandelt. Das diese Reform eine große Bedeutung für das arbeitende Volk hat, das zeigt offenkundig die große Zahl der jährlich vergütunglos verfallenden Versicherungen in nachfolgender Tabelle:

Gesellschaft	Geamtprämie	Durchs. Verlust einer Prämie	Prämie vom Schadensverlust abzüglich Kosten	Übertragung verlorenen Versicherungsprämie
Victoria	816 203	86 666	98,0	26 557 000
Friedrich Wilhelm	188 269	181 181	70,4	28 417 000
Jutta	68 507	52 977	79,7	10 850 000
Wilhelma	26 292	20 687	76,5	6 005 000
Deutschlands	11 297	7 647	67,2	1 712 000
Aurumia	16 675	4 567	97,4	938 000
Hamburg-Wannheim	15 009	11 170	74,4	2 520 000
Urania	7 058	4 069	57,6	930 000
Allgemeines Deutsches Versicherungsverein	2 286	798	34,9	804 000
Breda	9 175	9 007	98,2	2 562 000

## Vom Ausland.

**Ankündigung in Texas-Gebäude.** Die Wälder- und Laderergebnisse wurden am 1. Januar ausgespiert, weil sie sich nicht bereit erklärten, innerhalb sechs Stunden den geschäftigen Vertrag mit weiteren drei Jahren zu unterschreiben. Zugang ist streng fernzuhalten.

### Eine Warnung an Einwanderer nach Kalifornien.

Vom Staatsratell der Gewerkschaften Kaliforniens wird folgender Aufruf mit der Bitte um Verbreitung gesandt:

Zum Namen der organisierten Arbeiter Kaliforniens mögen wir an alle organisierten Arbeiter Europas die dringende Bitte richten, mit den organisierten Arbeitern Kaliforniens in einer für beide Seiten ungeheuer wichtigen Angelegenheit gemeinsam zu erbeiten, nämlich in Bezug auf eine gleichzeitige Begrüßung und Verteilung der europäischen Einwanderung nach der Küste des Stillen Ozeans nach Eröffnung des Panamakanals.

Um den europäischen Arbeitern einen fairen und allgemeinen Eintritt in die gegenwärtigen wirtschaftlichen Beziehungen in Kalifornien zu geben, machen wir folgende kurze und zusammenfassende Bemerkung unterstreichen:

Die Eröffnung des Panamakanals für den Weltverkehr ist ein Ereignis von größter Bedeutung und Tragweite für die organisierten Arbeiter an der Küste des Stillen Ozeans. Unter dem Schutz unserer verhältnismäßig kleinen Kräfte konnten die hierigen Arbeitersorganisationen ihre wirtschaftlichen Probleme bei verhältnismäßig geringer Spannung seitens der Außenwelt lösen. Deswegen entstand unter den meisten Arbeiterschaften ein Gefühl der Beständigkeit und Sicherheit, das in der allgemeinen Beteiligung der Arbeiter in staatlichen und kommunalen Angelegenheiten seinen Ausdruck findet. Im großen und ganzen wurden durch die Tätigkeit der Arbeiterorganisationen einigermaßen zufriedenstellende Löhne, Arbeitszeit und allgemeine Arbeitsbedingungen für fast alle Arbeiterschichten, die willens waren, sich zu ihrem eigenen Schutze zu organisieren, erlangt. Zudem haben die organisierten Arbeiter an gelegentlichen und politischen Angelegenheiten beträchtlichen Anteil genommen und für sich selbst und ihre eigene Sicherheit viele Vorteile errungen. Mit der Eröffnung des Panamakanals jedoch und der damit verbundenen drohenden Masseneinwanderung von großer Teils unorganisierten Arbeitern, ändert sich die Lage.

Um den Kraft der Kräfte zu begreifen, hat man sich nur die Geschichte der europäischen Einwanderung nach den Vereinigten Staaten zu vergegenwärtigen. Bisher hat sich diese Einwanderung auf den östlichen und am weitesten bewohnten Teil des Landes erstreckt. Und obgleich die enorme Zahl von nahezu 30 Millionen Einwanderern erreicht wurde, gelang es doch die Zunahme doch so auffällig, daß die amerikanische Industrie inslande war, sich die auspassen und gleichzeitig auffällig anzupassen, und zwar ohne ungewöhnliche Störung der wirtschaftlichen Bedingungen — abgesehen von einigen Fällen, wo Arbeitgeber und Arbeitnehmer oder im Interesse einer größeren Nutzung einer Klasse Arbeitnehmer und durch ganz neue erzielten. Mit der Vollendung des Panamakanals jedoch glaubt man, daß der Strom der europäischen Einwanderung sich bis vor gegebenenfalls noch dem spätesten heranzubringen ergehen wird. Das bedeutet, daß während in früheren Jahren die Einwanderung einer kleinen Prozentzahl der arbeitsfähigen Bevölkerung ausmachte, die dominante Einwanderung an der Küste des Stillen Ozeans sicherlich die Bevölkerung in wenigen Jahren verdoppeln oder verdreifachen wird. In anderen Worten, hier im Westen wird die Einwanderung nicht eine reine Absorptions- oder Einverleibungsfrage eines neuen Elementes bedeuten, sondern man wird daran denken müssen, wie einem Einfall oder vielleicht einer Verherrschung durch eine ganz neue Bevölkerung entgegengesetztes ist.

Wenn es ein neues Land wäre, das heißt wenn die natürlichen Quellen jedes Neuankommenden großflächig und ausreichend wären, dann Arbeitnehmer könnten mit dem Markt

nachmer, so wäre alles schön und gut und keinerlei üble Folgen würde ein solch außergewöhnliches Ereignis nach sich ziehen. Aber die Küste des Stillen Ozeans ist ein altes Land, insofern als die reichen und wunderbaren Schätze des Landes seit langem in den Händen einiger Personen oder Vereinigungen monopolisiert wurden. Und diejenigen, welche die Rechte besitzen, welcher Art diese auch seien, tun wenig oder gar nichts, sondern warten auf einen Wertzuwachs durch den Zuwachs der Bevölkerung, Arbeit, Industrie und Unternehmungen. Es kann nicht erwartet werden, daß diese Zustände lediglich durch ein außergewöhnliches Ereignis, wie die Eröffnung des Panamakanals, geändert werden. Die Geschäftsgabe kann wohl einige Hindernisse, welche diejenigen, die neue Industrien großen Stiles begründen möchten, finden, beseitigen. Aber gefeierliche Veränderungen können nicht unmittelbare Wirkung haben. Dass sie kommen, ist ziemlich sicher, wenn die Arbeiter und andere sozialistische Elemente auf politischem Gebiet fortfahren, mit Eifer und Verstand, in diesem Sinne zu wirken.

Die der Vollendung des Kanals vorangehenden Jahre waren wirtschaftlich nicht günstig. Dies ist ersichtlich aus einer chronischen Arbeitslosigkeit, die in den Städten herrschte, und zwar in mehr oder minder ausgeprägter Form in jedem Winter in San Francisco, Portland und Seattle, welche Städte die Hauptindustrienzentren nicht nur für die Städte am Stillen Ozean, sondern auch für Alaska sind.

Es ist eine leichte Aufgabe und ein vergnüglicher Betrieb für Handels- und Gewerbeleute und für Spekulanten Statistiken herauszugeben, die den machtvollen Wohlstand des Westens beweisen sollen. Nach unserer Meinung jedoch kann der Wohlstand nicht nach dem anwachsenden Export, den Wantabrechnungen, Grundstücksneuern, Sparbeträgen oder den von Gesellschaften verteilten Dividenden bemessen werden. Diese Angaben mögen beweisen, bis zu welchem Grade einige wenige imstande sind, die große Masse auszunutzen. Ständige Arbeit zu guten Söhnen und die Freiheit der Arbeiterschaft, von Zeit zu Zeit — ohne zum Streit greifen zu müssen — angemessene Verbesserungen zu erzielen, sind weit mehr gute Anzeichen eines wirtschaftlichen Wohlstandes.

Deshalb wiederholen wir — wenn auch im Gegensatz zu den Wohlbefindensstatistiken —, daß an der Küste des Stillen Ozeans gewiss die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren chronisch geworden ist und das häufig Gleiches zur Aufrechterhaltung der bestehenden Arbeitsbedingungen oder zur Erlangung besserer Verhältnisse haben stattfinden müssen.

All das beweist, daß die glänzenden Berichte über Kalifornien, die gerade jetzt so häufig in der Presse der gesamten Welt verbreitet werden, immer mit einer gewissen Vorsicht aufgenommen werden müssen. Einwanderungslustige sollten sich immer vergegenwärtigen, daß die in Kalifornien und an der Küste des Stillen Ozeans bestehenden Industrien kaum vorhanden sind, die sich jetzt schon hier befindlichen Arbeitern zu unterstellen und noch viel weniger, eine eventuell große Zahl neuer Einwanderer zu beschäftigen.

Um ein gewissenhaftes Bild über die allgemeinen Verhältnisse und die gegenwärtigen Aussichten für die Arbeiterschaft, die sie bei ihrer Ankunft hier vorfinden werden, zu geben, ziehen wir aus dem fünfzehnten Jahresbericht des Kommissariats des staatlichen Arbeitssamtes in Kalifornien folgenden Abschnitt:

„Es vor kurzem war Kalifornien ein Land mit vielem Grundbesitz, was der Latsche zu bedauern war, daß so bald die Vereinigten Staaten ihre weitsichtigen Besitzungen erkoren, es die von Spanien erzielten Landverleihungen für zu leicht bestehend erklärt. Diese Landverleihungen — ungestört über 500 — umfassen ungeheure Flächen. Als die Landwirtschaft mit dem Goldbergbau sprang, begannen einige der Eigentümer, diese Ländereien zu bebauen, während sie brodeln ließen und lassen, bis sie einzig in kleinere Farmen aufgeteilt werden. Dies führte zu zwei Problemen, welchen das Volk von Kalifornien während der letzten 30 oder 40 Jahre gegenübergestanden hat. Das erste war, woher billige Arbeitskräfte in großen Massen nehmen, während es sich ferner darum handelte, daß die amerikanischen Farmer aus den östlichen Staaten und die eindringenden europäischen Landwirte zu anständigen Preisen kleinere Flächen Landes nicht erwerben konnten.“

Die Einwanderung der Chinesen gewährte den Farmern dann die gewünschten billigen Arbeitskräfte. Die Billigkeit dieser Arbeiter, die großartige Qualität der erzeugten Produkte und der erfolgreiche Verkauf desselben erhöhte den Landwert dieser Farmen und auch derjenigen Ländereien, die durch Landverleihungen verbraucht worden waren und die zurückgehalten wurden, bis der Preis in manchen Teilen des Landes so hoch gerieten war, daß es für den Durchschnittsmenschen ganz unmöglich wurde, Farmer zu werden. Dann kam die Ausweitung der Chinesen und die Forderung nach anderen Arbeitskräften, die sie erschien sollten. Japaner wurden die Nachfolger der Chinesen in der landwirtschaftlichen Arbeit. Wohl reichte die Verdichtung von Kalifornien die Japaner nicht, aber man war gezwungen, sie aufzunehmen an Stelle der Chinesen.“

Das Wichtigste in der ganzen Landwirtschaft Kaliforniens ist jedenfalls die genaue Spezialisierung. Man hat rechtzeitig herausgefunden, daß gewisse Produkte an bestimmten Orten besonders gut gedeihen, so daß jedermann an dem betreffenden Ort diese Sorten anbauen, und daß auf diese Weise während der Frühzeit ungeheuer viel Arbeit notig wurde. Diesen Verhältnissen ist es zu verdanken, daß Japaner beschäftigt wurden. Der Japaner ist ein wandernder Arbeiter, während der weiße Mann verachtet, da zu leben, wo er arbeitet. Der Japaner, der in den Voraus geht (in „Vorden des Staates“) im Mai zurück, folgt in den verschiedenen Jahreszeiten den verschiedensten Gezeitenströmungen, bis er im Süden des Staates (mehr als 600 Meilen entfernt) im Dezember und Januar Orangen pflückt. Die Japaner sind unter einer Brüder, die sie von Platz zu Platz, von Ende zu Ende führt, und dadurch gelingt es ihnen, das Jahr über die meiste Beschäftigung zu erhalten. Natürliche gibt es gewisse Meilen von Orten, die den Weinen entsprechen.“

Japaner dagegen eignet sich für sie besonders, Arbeiten, die in gebütteter oder liegender Stellung getan werden, wie das Pfücken von Beeren, das Schneiden von Spargel usw. Keine fremde Rasse aber hat den weißen Mann in unseren Kornfeldern erachtet. Sogar auf den Grundstücken, die Japanern gehören, arbeiten Weiße mit den Pferden und bebauen die Felder, aber alle übrige Arbeit leistet der Japaner.

In den letzten Jahren kam noch ein neues Problem für Kalifornien hinzu: der Ertrag der Japaner. Wir müssen jetzt vorwärts nach Europa blicken, um für die Landarbeit Ertrag zu bekommen. Wir haben schon angefangen, diese Frage durch Beschäftigung von Griechen — hauptsächlich beim Traubensäulen — zu lösen.

Ein wichtiger Punkt in der Beschäftigung von Weißen bei der Landarbeit in Kalifornien ist, daß ihnen nicht die Achtung gezollt wird, die ihnen gebührt. Das kommt daher, daß wegen der kurzen Spanne Zeit, die sie auf der gleichen Farm arbeiten, der Eigentümer es nicht für nötig erachtet, Bequemlichkeiten für sie herzustellen, woraus folgt, daß sie ihre Schlafdecke auf dem Rücken zu tragen haben und bei Mitternacht übernachten müssen. Diese Verhältnisse tragen nicht dazu bei, eine gute Klasse von Landarbeitern zu erziehen, sondern eher eine Klasse von „Wanderarbeitern“. Während sechs Monate werden sie polizeilich aus der Stadt gewiesen, wenn sie sich weigern, Arbeit zu verrichten, und während der anderen sechs Monate werden sie ausgerissen, weil sie Arbeit suchen.

Die Eröffnung des Panamakanals wird wahrscheinlich das Landarbeiterproblem von Kalifornien lösen, aber gleichzeitig haben wir uns zu hüten vor dem eventuellen Zustrom unerwünschter Einwanderer aus Süd-Europa, Kleinasien und Afrika. Für ein Jahr von 7½ Dollar bis 10 Dollar werden die Einwanderer statt in New York in San Francisco gelandet. Kalifornien braucht Einwanderer, um den Boden zu bebauen; aber es braucht derbe europäische Bauern und nicht das Volk von den Seehäfen, die nur Laster und keine Tugenden mitbringen, die sich in unsern großen Städten ansammeln und eigene Kolonien bilden, wobei sie ihre Gewohnheiten beibehalten und für unsere Polizei eine ewige Quelle des Klarges sind. Sie füge jedoch hinzu, daß es nötig ist, wenn man die beschriebene Klasse von Einwanderern erhalten will, ihre Interessen beim Landen an unsern Küsten in Betracht zu ziehen.

Es sollte jedoch versucht werden, daß die Einwanderer während der Erntemonate — von Mai bis August — ankommen. Da würde es verhältnismäßig leicht sein, ihnen Arbeit in den landwirtschaftlichen und gartenbaubetreibenden Betrieben zu verschaffen. Wenn die Einwanderer einmal auf dem Felde arbeiten, würde die Frage sich von selbst lösen. Der fleißige Einwanderer könnte in wenigen Jahren eine kleine Farm erwerben nach den jetzt gebräuchlichen Kolonisationsmethoden, nach welchen die Ländereien des Staates aufgeteilt werden. Diese Sache würde dann ihrerseits eine landwirtschaftliche Gemeinschaft herausbilden, welche rechtzeitig das Landarbeiterproblem lösen würde und zwar durch die Einführung von Arbeitsschaffung der Frauen in einzelnen Orten und die allmäßliche Beschaffung der starken Spezialisierung der Betriebe.

Wenn aber die Einwanderer nach der Ernte ankommen, vereinigen sie sich mit ihren eigenen Landsleuten in den großen Städten und, nachdem sie sich dort sechs oder acht Monate aufgehalten haben, ist es unmöglich, sie noch auf den Farmen unterzubringen.

Wenn sie sich einmal der Stadt festgelegt haben, ist es im Durchschnitt unmöglich, zur Landarbeit zurückzukehren. Wenn wir noch große Fabriken wie im Osten hätten, könnten wir sie in den Städten unterbringen, aber im gegenwärtigen Moment ist in den ländereichlichen Bezirken deren beste Gelegenheit, Arbeit und Erwerb zu erlangen.

In wenigen Jahren wird die kalifornische Gesetzgebung wahrscheinlich ein Abzahlungssystem für den Erwerb von Ländereien ausarbeiten, nach welchem Männer mit Familien kleine Farmen kaufen und in jährlichen Raten bezahlen können. Wenn das erst durchgeführt ist, oder auch nicht eher, können wir auf eine heitere Entwicklung unserer landwirtschaftlichen Möglichkeiten gesetzt sein. Aber niemals war es dem Mann mit kleinen Mitteln schwerer, Land zu erwerben, als gerade jetzt. Durch gemeinsame Arbeit unter sich selbst könnten die Farmer schon jetzt bessere Bedingungen zum Verkauf ihrer Erzeugnisse schaffen. Gegenwärtig jedoch heimten die Vermittler den Löwenanteil des Gewinnes ein. Die Gesetzgebung hat schon versucht, dieses Problem zu lösen, aber ohne Erfolg.

Wir möchten allen denjenigen, die vorhaben, nach Kalifornien auszuwandern, den Rat geben, die englische Sprache zu erlernen, bevor sie kommen. Auf diese Weise können mühevolle Jahre gespart werden. Man kann sich jetzt die englische Sprache überall so leicht aneignen, daß das nicht vernachlässigt werden sollte. Außerdem möchten wir allen Einwanderungslustigen den Rat geben, sofort bei ihrer Ankunft ihrer Berufsorganisation beizutreten. Nur so wird es möglich sein, daß sie und ihre Kameraden, die durch lange Jahre vollen Opfer und Kampf für alle gute Sache und Verhältnisse erzielt haben, davon Nutzen ziehen. Socht und immer vorwärts, niemals rückwärts gehen!

In der Hoffnung, daß diese Anregungen von unseren Kameraden in Europa befolgt werden und daß die vorliegenden Informationen ebenso wie eventuell zukünftige die größtmögliche Verbreitung finden mögen, grüßen wir.

D. R. Daggett, Präsident.  
Paul Schaeubel, Sekretär des Kalifornischen Staatsrates der Gewerkschaften.

## fachtechnisches.

**Apparat für Schrifteinsteilung.** In der heutigen Zeit ist das ganze Gedruckt darauf gerichtet, Zeit zu sparen. Alle Vorlese werden berücksichtigt, sei es durch politische Mittel, sei es durch Vereinfachung der Arbeitsweise, den Arbeitsprozeß zu erleichtern und zu verkürzen. Auch der Apparat für Schrifteinsteilung kann ein-

praktischer Gebrauchsgegenstand angesprochen werden, der eine rasche und sichere Einteilung der Buchstaben beim Schülerschreiben ermöglicht. Der Preis beträgt M. 1,50 pro Stück und kann durch die Firma G. Ricman & Co., Hamburg 22, bestellt werden.

**Patentenbuch.** Von Patentbüro C. Krueger & Co., Dresden, Schlesse 2. Abschriften billigst. Auskünfte frei.

**Angemeldete Patente:** Kl. 42 h. F. 31301. Verfahren zur Herstellung von plastisch wirkenden Bildern. Erno Friedmann und Bruno Reichenstein, Wien. Ange meldet 14. 4. 13.

**Erteilte Patente:** Kl. 75 a. 20009. Vorrichtung zum Herstellen von Röntgenzeichnungen. Lynn S. Allen, Altona, S. St. 1. Aug. 5. 12. 12. — Kl. 75 a. 20144. Vorrichtung zum Rupieren von Gegenständen. Id. Soper, London, Aug. 16. 4. 12.

**Gebrauchsmuster:** Kl. 75 c. 689794. Rahmen für Dekorationsmalerei. Jos. Bauer, Chemnitz i. S. Ange meldet 10. 11. 12. — Kl. 75 c. 592815. Klingenfassung für Scheren-, Garben-, Schab- und ähnliche Messer. Jos. Engels & Sohn, Id. Schlesse. Aug. 22. 11. 13.

**Verlängertes Gebrauchsmuster:** Kl. 75 c. 517312. Punkties mit Selbstzähne-Ueberzug. Max Rosenberg, Berlin-Schöneberg und Chemische Fabrik Epon, Dr. Rosenberg und Dr. Kastner, Berlin. Aug. 8. 12. 10. Ver längert 5. 12. 13.

**Das Jahrzehnt der Deutschen Malerzeitung.** „Die Maler“, Heft 10 des 22. Januar, ist jetzt erschienen mit den Zeichnungen 46 bis 50. Insel 46: Decke und Wand, nach d. Entw. in München; Insel 47: Schreibtisch, entworfen von J. Oesch in Nürnberg; Insel 48: Medizinalkammer, Kon terrainarbeitsraum von E. Hirsch in Bamberg; Insel 49: zwei Schreibtische, entworfen von Karl Koch in Gießen; Insel 50: Raumeinrichtung für 1914, entworfen von W. Wolf in Leipzig. Mit dem zw. Jahrzehnten viele verpassten zeitlichen End haben wir uns interessante Artikel bereit: „Die geschichtliche Entwicklung der Miniaturmalerei“ und „Kunstgewerbe im Normalleben und Betriebsleben“. Der Abonnementpreis dieser empfehlenswerten Zeitschrift beträgt pro Quartal A. 3 und kann durch den Postmeister bezahlt werden oder auch beim Verlag von Georg G. S. Gallwey in München.

## fachliteratur.

**Literarisches.**

**Hinter Glasgittern.** Von Dr. Hierander Siedschäb. Unter diesem Titel gelangt jedes Jahr 35 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek per Postkarte. Der Herausgeber ist erfreut, dass die jährlich gewordenen Rahmen- und Gespannabende ausgetauscht und bespielt in jede Bibliothek der zugehörigen Gemeinde: Augsburg, See, Neuen, Schafhausen, Mindel, Tiefen und Günzburg, zum Schluß jedoch Gespann, welche zugleich Rahmenzeitung sind. Da letzter legt nun jedem Rahmen eine eigene und völlig neue Geschichte — bald eine Reise, bald mehr wunderbare Abenteuer erlebt werden können, wenn es nicht nur Rahmenzeitung, sondern ein einge-

artiges Genussmittel sei —, das kostet den Zucker und das Salz. Der Preis der Schrift ist, wie bei allen Heften der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek, 20 Pf. — Eine Ausgabe in besserer Ausstattung kostet 50 Pf. Vorläufig halten diese Hefte alle Parteibuchhandlungen, Spediteure und Kolporteur über direkt der Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin.

Absehen vor dem Kriege musste alle diejenigen erfüllen, die die Kriegsschilderungen mit allen ihren Grenzen und Beschränkungen lesen, die das umfassende neue Werk „Die Welt in Waffen“ veröffentlicht. Jeder, der über die Kriege der neueren Zeit bis zu den Balkankriegen des vorigen Jahres unterrichtet sein will, merkt aber auch die Schwäche jener Kriege kennen lernen will, dem raten wir, das Werk „Die Welt in Waffen“ zu abonnieren. „Die Welt in Waffen“ erscheint in 60 Heften a. 20 Pf. Jedes ist reich mit Bildern ausgestattet, wodurch der beschreibende Text wesentlich lebhafter gestaltet wird. Jede Woche erscheint ein Heft. Abonnementsbestellungen nehmen alle Parteibuchhandlungen und Spediteure entgegen sowie auch direkt der Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68.

**Der Werkskreis 1913.** Bericht an die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes, herausgegeben vom Verbandsvorstand, 72 Seiten Diao. Berlin 1913. Verlagsanhalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes G. m. b. H. Preis A. 1.

## Stirbtasfel.

**Großhart a. M.** (Geburtsstelle Seitgenstadt) Am 5. Januar starb unser Mitglied Peter Kettlinger im Alter von 45 Jahren.

**Wais.** Am 6. Januar starb nach längerem Leiden unser lieber Sohn Anton Kettlinger, Kind, in Memmingen im Alter von 20 Jahren an Lungenentzündung.

Wir trauern Mutter!

## Vorwürfe.

### Bekanntmachungen.

Sehr Bedauern des ersten Schatzmeisters der Zeitschrift „Das Einzige an mir“ können weitere Veröffentlichungen beim Verlag erzielen. Der Herausgeber durch den Verstand entsprechend Partei bestimmt für ein Jahr für ein Exemplar A. 1,00, für zwei Exemplare A. 2,00, für drei Exemplare A. 3,00, für vier Exemplare A. 7,00, für fünf Exemplare A. 7,00. Das Abonnementpreis ist bei der Beziehung des Verbands eingefordert. Die Zeitschrift erscheint monatlich und in den Sitzungen zur Verschaffung besonders für die Landwirtschaftler zu empfehlen. Den Kunden, die die bisher begehrten Exemplare nicht sofort abholen, nehmen wir es, dass sie auf die weitere Auslieferung rechnen.

Der Verstand.

## Bericht der Hauptklasse vom 5. bis 12. Januar

Eingesandt wurden für die Hauptklasse: Matheno M. 55,39, Lichtenwalde 120,58, Crimmitschau 89,78, Bamberg 5,22, Lünenwalde 261,40, Schleswig 87,55, Friedberg 154,2, Weimar 285,86, Neumünster 312,47, Mühlhausen i. G. 154,2, Altenburg 154,86, Meerane 110,55, Herford 488,98, Siegen 7, Forst 168,66, Hösenheim 101,96, Pirna 27,98, Olbersdorf 79,60, Braunschweig 100,86, Bremzau 82,90, Raumburg 64,2, Sagan 25,82, Glauchau 420,71, Zwönitz 107,74, Gräfenhain 88,56, Spreeberg 128,72, Gera 100, Jena 168,18, Görlitz 50, Brandenburg 82,80, Hofstog 802,24, Nienburg 260, Weißwasser 250, Kolberg 213,70, Stadtschell 14,42, Osnabrück 208,85, Neisse 87,67, Duisburg 200, Oldenswörth 149,00, Komotau 7,55, Blauen 3096,09; für den Vereinsklub einer Schule 1, Brandenburg 9,20, Weimar 8,60, Mühlhausen i. Eisfeld 5,40, Gera 1,80, den Haag 4,50, Hamburg 2,50, Magdeburg 8,40, Halle 2,86, Oldenswörth 2,50.

Material wurde versandt (B = Beitragssachen, V = Vorklasse, K = Kalender, E = Eintrittssachen): Görlitz 90 K, Dresden 50 K, Wiesbaden 30 K, Sindelfingen 20 K, Lichtenwalde 10 K, Braunschweig 20 K, Bremzau 10 K, Erfurt 2000 B + 80 A, 2000 B + 120, Görlitz 900 B + 60, 100 B + 100, 100 B + 120, Raumburg 400 B + 75, 400 B + 95, 400 B + 115, Weimar 400 B + 85, 400 B + 100, Bremzau 10 E, Speyer 8 B + 180 (grün).

**Verfügung.** In Nr. 1 muss es heißen: Greifswald 15 K.

Dopplikate wurden ausge stellt für die Kollegen:

Name	Stadt	Preis	Stadt	Preis
A. Wissoljek	90002	89	Wolfe 1913	Hamburg
Wich. Wagner	244	47	1913	Berlin
Wich. Kühnert	1372	48	1913	Berchtesgaden
Max. Hillemann	9820	38	1913	Leipzig
Hermann. Boese	24571	45	1913	Essen
Karl. Reinhold	70084	46	1913	Cologne
A. A. Schmidmann	90258	40	1913	Chemnitz
Wich. Blaschke	82464	48	1913	Desden
W. S. Kühnert	21776	44	1913	Berlin
Otto. Schiemann	83275	48	1913	Bremenhaven
Karl. Krohn	91589	84	1913	Berlin
Georg. Schröder	70198	47	1913	Gotha
Otto. Kusel	6781	53	1913	Wolfsburg
Peter. Leuter	21242	39	1913	Düsseldorf
Fr. Mühlmann	28394	48	1913	Düsseldorf
Edm. Rungg	28460	48	1913	Hamburg
Jr. Schrade	77728	49	1913	Berlin
Rad. Fischer	10658	52	1913	Berlin
Heinz. Billehau	52658	33	1913	Berlin
Rom. Stern	26226	45	1913	Danzig
Wil. Moner	91712	49	1913	Moskau
Sol. Heilmann	74126	51	1913	Überfeld
Eug. Holzwarth	83139	48	1913	Wolfsburg
Karl. Krämer	6312	48	1913	Bottrop
Zof. Juster	91998	40	1913	Speyer

Die Woche vom 18. bis 24. Januar ist die 3. Beitragswoche.



## Teilzahlung!!!

Uhr- und Uhrenware, Foto-Aparate, Filmkameras, Motor- und Sprachmaschinen, Katologe gratis und franko — Jenzas & Co., Berlin A. 445, Berlin-Allianzstr. 2.

## Illusionist

geht, das geht nicht, aber für A. 15, alle Schafe sollt umwandeln, erhalten Sie je einen Gag-Dreher und Bettler-Drehrührer, Nichts- und Rückenmaschine, Graben- und Spiegelmaschine, je einen Sandverstreuter, Geiger, Wahrsager, Zirkus- und eine Hochpolster, ein Bett f. Sammelsurmen od. Schrift, 1. St. A. 10, 2. St. 5, 3. St. 10, 4. St. 15, 5. St. 20, 6. St. 25, 7. St. 30, 8. St. 35, 9. St. 40, 10. St. 45, 11. St. 50, 12. St. 55, 13. St. 60, 14. St. 65, 15. St. 70, 16. St. 75, 17. St. 80, 18. St. 85, 19. St. 90, 20. St. 95, 21. St. 100, 22. St. 105, 23. St. 110, 24. St. 115, 25. St. 120, 26. St. 125, 27. St. 130, 28. St. 135, 29. St. 140, 30. St. 145, 31. St. 150, 32. St. 155, 33. St. 160, 34. St. 165, 35. St. 170, 36. St. 175, 37. St. 180, 38. St. 185, 39. St. 190, 40. St. 195, 41. St. 200, 42. St. 205, 43. St. 210, 44. St. 215, 45. St. 220, 46. St. 225, 47. St. 230, 48. St. 235, 49. St. 240, 50. St. 245, 51. St. 250, 52. St. 255, 53. St. 260, 54. St. 265, 55. St. 270, 56. St. 275, 57. St. 280, 58. St. 285, 59. St. 290, 60. St. 295, 61. St. 300, 62. St. 305, 63. St. 310, 64. St. 315, 65. St. 320, 66. St. 325, 67. St. 330, 68. St. 335, 69. St. 340, 70. St. 345, 71. St. 350, 72. St. 355, 73. St. 360, 74. St. 365, 75. St. 370, 76. St. 375, 77. St. 380, 78. St. 385, 79. St. 390, 80. St. 395, 81. St. 400, 82. St. 405, 83. St. 410, 84. St. 415, 85. St. 420, 86. St. 425, 87. St. 430, 88. St. 435, 89. St. 440, 90. St. 445, 91. St. 450, 92. St. 455, 93. St. 460, 94. St. 465, 95. St. 470, 96. St. 475, 97. St. 480, 98. St. 485, 99. St. 490, 100. St. 495, 101. St. 500, 102. St. 505, 103. St. 510, 104. St. 515, 105. St. 520, 106. St. 525, 107. St. 530, 108. St. 535, 109. St. 540, 110. St. 545, 111. St. 550, 112. St. 555, 113. St. 560, 114. St. 565, 115. St. 570, 116. St. 575, 117. St. 580, 118. St. 585, 119. St. 590, 120. St. 595, 121. St. 600, 122. St. 605, 123. St. 610, 124. St. 615, 125. St. 620, 126. St. 625, 127. St. 630, 128. St. 635, 129. St. 640, 130. St. 645, 131. St. 650, 132. St. 655, 133. St. 660, 134. St. 665, 135. St. 670, 136. St. 675, 137. St. 680, 138. St. 685, 139. St. 690, 140. St. 695, 141. St. 700, 142. St. 705, 143. St. 710, 144. St. 715, 145. St. 720, 146. St. 725, 147. St. 730, 148. St. 735, 149. St. 740, 150. St. 745, 151. St. 750, 152. St. 755, 153. St. 760, 154. St. 765, 155. St. 770, 156. St. 775, 157. St. 780, 158. St. 785, 159. St. 790, 160. St. 795, 161. St. 800, 162. St. 805, 163. St. 810, 164. St. 815, 165. St. 820, 166. St. 825, 167. St. 830, 168. St. 835, 169. St. 840, 170. St. 845, 171. St. 850, 172. St. 855, 173. St. 860, 174. St. 865, 175. St. 870, 176. St. 875, 177. St. 880, 178. St. 885, 179. St. 890, 180. St. 895, 181. St. 900, 182. St. 905, 183. St. 910, 184. St. 915, 185. St. 920, 186. St. 925, 187. St. 930, 188. St. 935, 189. St. 940, 190. St. 945, 191. St. 950, 192. St. 955, 193. St. 960, 194. St. 965, 195. St. 970, 196. St. 975, 197. St. 980, 198. St. 985, 199. St. 990, 200. St. 995, 201. St. 1000, 202. St. 1005, 203. St. 1010, 204. St. 1015, 205. St. 1020, 206. St. 1025, 207. St. 1030, 208. St. 1035, 209. St. 1040, 210. St. 1045